



**Verband
deutscher Bediensteter
bei internationalen Organisationen
der Vereinten Nationen**

RUNDBRIEF Nr. 106

Juni 2000

INHALT

<u>Titel</u>	<u>Seite</u>
Einleitung	3
Bericht über die Mitgliederversammlung	4
Anhang:	
Berichte der Arbeitskreise	13
Drittes Forum „Globale Fragen“ in Berlin	23
News of the Pension Fund - Bank charges on pensions paid in Euroland	24
<i>Aus der Presse:</i>	
“Geschlossene Gesellschaft“ - Wer sich bei internationalen Organisationen bewirbt, sucht das Abenteuer und will die Welt verändern	25
Lücken im Mittelbau - Deutschland ist in den internationalen Organisationen unterrepräsentiert. Jetzt soll der Nachwuchs systematisch gefördert werden	29
Das lässt den besten Fachmann versauern/Arbeit in internationalen Organisationen: Hohe Belastung, befristete Verträge, kaum Aufstiegsmöglichkeiten	32
Deutscher weiter in UN-Kontrollorgan	34
<i>Leserbrief:</i>	
Wenn Beamte nach Jahren im Ausland zurückkehren	34
Liste des VDBIO-Vorstands	36
Liste der Arbeitskreissprecher- und -sprecherinnen	37

Postanschrift: VDBIO, Postfach 254, CH-1211 Genf 19
Tel./Fax: +41/22/788.64.77 - Di + Do 10-15 Uhr
Bankkonto: 240-475.742.29.T UBS Genf - Postgirokonto: Genf 12-17909-7
Postscheckkonto: Postbank Frankfurt, Konto-Nr. 628175.601 BLZ 500 100 60
E-mail: vdbio@compuserve.com - www.vdbio.ch

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach einer langen Sommerpause haben wir den Ehrgeiz, noch zwei Rundbriefe vor Weihnachten herauszugeben. Der vorliegende verweist auf einen interessanten Beitrag in der Zeitschrift „The Earth Times“, die zum vierten Mal eine Liste der 100 einflußreichsten Persönlichkeiten im Bereich der Vereinten Nationen zusammengestellt hat. Sie zeigt, daß es mit der qualitativen Vertretung der Deutschen im VN-System noch schlechter bestellt ist als mit der quantitativen. Letztere werden wir im nächsten Rundbrief behandeln, wenn die neuesten VN-Zahlen vorliegen.

Wir freuen uns auch, mitteilen zu können, daß mit unserem langjährigen Mitglied Gerhard Wirth ein weiterer Mitstreiter des VDBIO das Bundesverdienstkreuz erhalten hat.

Wie immer schließt den Rundbrief eine Reihe von Presseartikeln ab. Wir haben einen Artikel im französischen Original belassen - bitte teilen Sie uns mit, ob Sie in Zukunft eine Übersetzung von Beiträgen in dieser Sprache wünschen.

Und nun noch eine Bemerkung in eigener Sache. Am 28. September hatte unser Arbeitskreis Deutschland seine jährliche Mitgliederversammlung, in der die Mitglieder den Beschluss gefasst haben, sich in „Arbeitskreis Bonn“ umzubenennen, um so der Tatsache Rechnung zu tragen, dass jetzt in Deutschland ein zweiter Arbeitskreis in Berlin tätig wird. Damit wird der Aufgabenteilung in der Wahrnehmung der Verbandsinteressen zwischen den Bonner und den Berliner Behörden Rechnung getragen. Der Bonner Arbeitskreis wird weiterhin von Herrn Kulessa geleitet, dem wir bei dieser Gelegenheit noch einmal für seine Tätigkeit danken möchten, während im Berliner Arbeitskreis Herr Vogt seit Dezember 1999 die Verbindungen zu den Berliner Behörden wahrnimmt. Den Mitgliedern in Deutschland soll es überlassen bleiben, mit welchem Arbeitskreis sie Kontakte pflegen oder aktiv zusammenarbeiten möchten. Wir würden es begrüßen, wenn Sie, liebe Mitglieder, dies dem jeweiligen Arbeitskreissprecher oder dem Sekretariat des VDBIO mitteilen würden.

mit freundlichen Grüßen

Ihr



Mitgliederversammlung des VDBIO

8. Mai 2000

BERICHT

(a) Begrüßung durch den Vorsitzenden

Herr Haftendorn eröffnet die Sitzung und begrüßt die Besucher aus Berlin und Bonn sowie die zahlreichen Verbandsmitglieder. Er begrüßt die Delegation des Auswärtigen Amtes und stellt sie im einzelnen vor: Herrn M. Gerdts, Stv. Leiter der Abt. VN, Menschenrechte, humanitäre Hilfe und globale Fragen, Frau B. Siefker-Eberle, I-KIP, Frau C. Müller-Holtkemper, VN 13 (Haushalt, Finanzen und Personal in den Vereinten Nationen, Genfer Gruppe). Er heißt Herrn Dr. E. Brecht, Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied des Unterausschusses Vereinte Nationen des Bundestages, willkommen. Er begrüßt den Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in Genf, Herrn Botschafter W. Lewalter, den deutschen Gesandten in Genf, Herrn Dr. H. Eberle, den deutschen Generalkonsul in Genf, Herrn K. Flittner und den Sozialreferenten, Herrn V. Klotz. Der Vorsitzende begrüßt auch Herrn G. Schulz vom Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) aus Bonn sowie Herrn K.-H. Pallasch von der Deutschen Krankenversicherung AG (DKV) aus Lörrach mit einem herzlichen Dank für den kostenlosen Druck der Verbandsrundbriefe. Herr Haftendorn dankt den Gästen für die fortdauernde Unterstützung der Aktivitäten des VDBIO und der Anliegen der deutschen VN-Bediensteten.

Sein Dank geht auch an die anwesenden Sprecher der Arbeitskreise für deren Arbeit: Herrn T. Kamps aus New York, Herrn Dr. M. Kulesa aus Bonn, Herrn Dr. H. Kull aus Nairobi, Frau S. Niedermayer aus Paris, Frau K. Rudolph aus Wien, Herrn W. Sander-Fischer aus Montreal, Herrn M. Vogt aus Berlin, Frau G.

Windsperger aus Washington und Herrn Dr. H.-F. v. Rohland aus Genf.

(b) Wahl des Versammlungsleiters

Herr Bartels wird als Versammlungsleiter vorgeschlagen und von der Versammlung gewählt.

(c) Annahme der Tagesordnung

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

(d) Grußansprache des Botschafters

Herr Botschafter Lewalter begrüßt alle Anwesenden und ganz besonders die angereisten Gäste. Er spricht ein herzliches Angebot zur Zusammenarbeit aus. Es sei wünschenswert, möglichst viele deutsche Bedienstete an Schaltstellen im VN-System zu sehen, und die Ständige Vertretung setze sich überall dort ein, wo dies von den Bediensteten gewünscht werde. Sie unterstütze auch alle Kandidaten, wenn dies vom BFIO angefordert werde. Aus verschiedenen Gründen, die auch kürzlich in der FAZ und der Wirtschaftswoche aufgeführt wurden, würden nicht immer Erfolge erzielt, aber es gebe auch erfolgreiche Kandidaturen. Die Ständige Vertretung erarbeite derzeit eine Querschnittsanalyse jeder einzelnen Organisation, um eine befriedigende deutsche personelle Beteiligung zu erzielen. Kontakte zu deutschen Bediensteten seien hier besonders wichtig.

5. Diskussion über deutsche internationale Personalpolitik

Herr Gerdts vom Auswärtigen Amt betont, dass er mit diesem Problem aus jahrelanger Erfahrung gut vertraut sei, dies gelte auch für die deutsche Unterrepräsentanz in den Ver-

einten Nationen (VN) und anderen internationalen Organisationen. Im Zeichen der Globalisierung und angesichts der Bedeutung der Vereinten Nationen sei die Bundesregierung an einer angemessenen deutschen personellen Repräsentanz interessiert. Es werde ein breiterer Ausbau der mittleren Ebene der Personalthierarchie angestrebt, um dann die Erfahrung dieser Personen für die gezielte Rekrutierung von hochqualifizierten Kandidaten zu nutzen. Die Schwierigkeiten, deutsche Kandidaten gegenüber besseren Konkurrenten¹ anderer Länder durchzusetzen, seien hinreichend bekannt. Selbstverständlich sei hier eine straffe Koordinierung vonnöten. Deshalb denke das Auswärtige Amt, dass die Ständigen Vertretungen mit dem Ziel einer Bestandsaufnahme und Bewertung wichtiger Positionen angegangen werden sollten. Es sollte bekannt sein, welche Vakanzen mittelfristig entstehen, um nicht von plötzlich frei werden den Stellen überrascht zu werden und eine frühzeitige Identifikation von guten Kandidaten zu gewährleisten. Für eine pro-aktive Personalpolitik der Bundesregierung seien die VN-Bediensteten die besten Ansprechpartner. Die Kontakte wie auch die Transparenz der Verfahren müssten erheblich verbessert werden.

Wenngleich eine enge Zusammenarbeit zwischen dem BFIO und dem AA bestehe, sollte man überlegen, wie man z.B. ein Register von P5-Kandidaten erstellt und aktualisiert. Im Rahmen der Förderung von Beigeordneten Sachverständigen (BS) und Praktikanten wurden im letzten Jahr immerhin 58 % in den Dienst übernommen. Leider hätten die finanziellen Einschränkungen dazu geführt, daß das Kontingent von jährlich 42 BS auf 33 zurückgestuft wurde. Bedauerlicherweise sehe auch das AA bis 2003 eine 5-7 prozentige Stellenkürzung im eigenen Haus vor. Eine ähnliche Lage zeichne sich auch in den Vereinten Nationen ab. Eine weitere Möglichkeit zur Erhöhung der Gesamtzahl der VN-Bediensteten biete das Spiralmodell. Mit diesem Fördermechanismus würden anderen keine

Arbeitsplätze weggenommen, sondern zusätzliche Positionen besetzt. Ein langer Atem sei hierzu erforderlich, wie die Erfahrung mit hochrangigen Kandidaten in der Vergangenheit gelehrt habe. Eine stärkere Koordinierung sei wünschenswert, und das AA stehe auf der Seite der VN-Bediensteten.

Frage an das AA: Wie kann die unzureichende Repräsentanz im VN-System abgebaut werden, wenn sich 28 deutsche Ministerien und Dienststellen um die VN kümmern? Der Fragesteller weist darauf hin, dass in den nächsten Jahren eine beachtliche Anzahl von Stellen frei werde, die von Deutschen besetzt werden könnten, wenn man wie andere Länder vorgehe und eine straffe Koordinierung schüfe. Wäre eine solche Stelle im Kanzleramt denkbar? Er fragte auch, ob die Mittel für das BS-Programm wieder aufgestockt werden könnten.

Antwort: Es sei wünschenswert, den Kontakt mit den deutschen Behörden in Berlin und Bonn zu pflegen und mehr Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Auch die Kollegen der Ständigen Vertretungen vor Ort sollten sich um eine engere Zusammenarbeit kümmern.

Fragen: Werden Zuwendungen an hochrangige Bedienstete, wie Dr. Töpfer u.a., die seinerzeit Unruhe in der Öffentlichkeit ausgelöst haben, fortgeführt? Kann man deutsche Kandidaten vorbereiten, indem mehr Interesse an deutschen Universitäten oder anderen Stellen geweckt wird? Wie kann bei der Rückkehr nach Deutschland die Wiedereingliederung nach einigen Dienstjahren in den VN attraktiv gestaltet werden?

Antwort des BFIO: Es mangle nicht an guten Kandidaten, wohl aber an guten Angeboten. Im letzten Jahr waren die meisten Stellenausschreibungen nur VN-Mitarbeitern zugänglich. Das BFIO habe 1500 interessierte Kandidaten vorgeschlagen, während etwa 100 Stellen besetzt wurden. Es gab 15 000 Anfragen. Ca. 800-900 hochqualifizierte Kandidaten aus allen Bereichen wurden in der Kartei

¹ Der VDBIO teilt diese Meinung nicht und würde gern empirische Belege für eine solche Behauptung erhalten.

festgehalten. Man müsste das Problem des Besetzungsverfahrens lösen.

Frau Siefker-Eberle weist auf Studiengänge an einigen deutschen Universitäten hin, die auf eine Vorbereitung zum Dienst in internationalen Organisationen abzielen. Das Internet-Angebot hat ebenfalls an Bedeutung gewonnen. Man solle sich auch mehr mit den Problemen des Auswahlverfahrens in den VN befassen.

Herr Dr. Brecht wünscht, dass der intensive Meinungsaustausch zwischen VDBIO, VN-Unterausschuss und Bundestag fortgeführt werde. Es sei auch Tradition geworden, dass die Unterausschüsse des Bundestages in den einzelnen VN-Städten immer ein Gespräch mit dem VDBIO einplanen. Inzwischen habe sich ein Unterausschuss für Globalisierung gebildet, der den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank in ihrer Arbeit begleite. Der Unterausschuss VN sei ein Fachausschuss, der gemeinsame Interessen und Zusammenarbeit für verstärktes deutsches Engagement in den VN unterstütze. Er diene dem Ausbau eines selbstbewussten Multilateralismus, der den globalen Verpflichtungen, denen wir heute ausgesetzt sind, gerecht wird. Durch die besondere Lage der Deutschen, auch im Hinblick auf Exportorientierung und andere Bereiche, müsste man auf multilaterale Zusammenarbeit setzen. Trotz Kürzungen gehöre die Bundesregierung zu den bedeutenden Beitragszahlern der VN und habe erhebliche freiwillige Beiträge zu besonderen, wichtigen Projekten geleistet.

Die deutsche Präsenz in den VN sei schon oft diskutiert worden. Es gebe Gewinnernationen wie z.B. die Skandinavier, die Niederländer, Briten, Franzosen, Amerikaner, aber auch gute Beitragszahler, die hier schlecht abschnitten und dasselbe Problem hätten. Im Unterausschuss werde die Frage der deutschen Präsenz immer wieder aufgeworfen, und auf dessen Drängen sei zunächst die Nehring-Runde und jetzt die Steinmeier-Runde im Kanzleramt geschaffen worden. Es werde augenblick-

lich ein Gespräch über dieses Thema mit Staatssekretär Steinmeier in einer der nächsten Sitzungen vorbereitet, in dem auch die heutigen Erfahrungen in Genf eingebracht würden.

Herr Dr. Brecht bezeichnet den Beschluss von 1997 hinsichtlich des Maßnahmenkatalogs der Bundesregierung zur Stärkung der deutschen personalen Präsenz in den internationalen Organisation als einen wichtigen Schritt. Das Spiralmodell erscheine aus der Sicht der Bundesregierung attraktiv, erfasse aber nur eine Minorität der internationalen Bediensteten. Durch den Dollar-Kurs sei die Attraktivität des Dienstes leicht gestiegen, besonders im Hinblick auf Führungsposition.

Kürzungen bei Zuwendungen an internationale Organisationen: Oft stünden sich bei Verhandlungen nicht mehr wie früher Vertreter der Fachabteilungen sondern die Haushaltsfachleute gegenüber. Es gebe eine Koalitionsvereinbarung, die nicht mit dem übereinstimme, was jetzt passiere. Das Sparprogramm des Finanzministers sei aber richtig gewesen, um die Politik der Entschuldung zu unterstützen. Der auswärtige Bereich werde besonders hart getroffen, weil er personalintensiv sei. Sparen habe das Ziel, die Verschuldung zurückzufahren und die Handlungsfähigkeit wiederherzustellen.

Stimmung im Parlament: Zur Finanzreform der VN müssten die Deutschen den amerikanischen Vorschlägen zustimmen. Es sei nicht einfach mitanzusehen, wie die USA ihren Beitrag senken und die Weltgemeinschaft zustimmt. Aber das eigentliche Problem der Zahlungsunwilligkeit des Kongresses sei auch damit nicht gelöst. Im deutschen Parlament ist sei die Bereitwilligkeit gesunken, weil diese Zahlungsverpflichtung nicht eingehalten wurde.

Reform des Sicherheitsrats: Die Begeisterung für eine Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat habe im deutschen Bundestag stark nachgelassen, obwohl eine klare Stellungnahme noch ausstehe.

In absehbarer Zeit werde der Arbeitskreis Genf des VN-Unterausschusses nach Genf kommen und eine Gesprächsrunde mit dem VDBIO einplanen.

Der Versammlungsleiter dankt Herrn Brecht für die klaren und offenen Worte.

Frage: Werden die Washingtoner Institutionen ebenfalls vom Unterausschuss VN betreut?

Antwort: Der Unterausschuss VN bestehe seit 1991/2 - seitdem sei Herr Dr. Brecht Vorsitzender - und nannte sich bis 1998 Unterausschuß VN und internationale Organisationen. Bis dahin waren die Bretton-Woods-Institutionen mit einbezogen. Seit 1998 hat sich der Unterausschuss Humanitäre Angelegenheiten und Menschenrechte zu einem eigenen Hauptausschuss gebildet. Da die Zahl der Unterausschüsse begrenzt sei, wurde ein Platz frei, um einen neuen Unterausschuss für Globalisierung und Regionalisierung unter dem Vorsitz von Herrn Fritz zu bilden, der die Aufgabe übernahm, fachlich die Arbeit von IMF und Weltbank zu begleiten.

Frage: Ist es sinnvoll, diese politischen Fragen getrennt zu behandeln?

Antwort: Da die Unterausschüsse aus 11 oder 13 Mitgliedern aus verschiedenen Fachbereichen und nicht nur Außenpolitikern bestehen und somit Querschnittsausschüsse sind, sei die Trennung zu begrüßen. Es gebe sonst Schwierigkeiten, wenn man das riesige VN-System und die großen Weltkonferenzen erfolgreich begleiten wolle. In dem anderen Unterausschuss gebe es Fachleute für Wirtschaft, Entwicklung und Finanzen. Es gebe keine künstliche Trennung, sondern eine, die aus fachlichen Gründen bestimmt werde.

Frage: Warum ist Deutschland nicht mehr am Eintritt in den Weltsicherheitsrat interessiert? Hat Japan nicht auch Interesse gezeigt? Gibt es Hoffnung, dass sich der Sicherheitsrat ändert oder öffnet?

Antwort: Herr Dr. Brecht vermutet, daß sich bei manchen Abgeordneten in dieser Frage etwas Müdigkeit oder Gekränktheit eingestellt habe. Es scheine, dass die Amerikaner den Sicherheitsrat nur nach ihren Vorstellungen zu verändern suchen. Im Hinblick auf erweiterte Beitragszahlungen habe die Bereitschaft nachgelassen, da damit größere Verantwortung unter nicht immer leicht zu akzeptierenden Bedingungen verbunden sei. Es gebe kein klares Votum des Bundestags. Es sei zu hoffen, dass ein klares Votum bis spätestens zum Besuch von VN-Generalsekretär Kofi Annan in Deutschland erreicht werde.

6. Die Arbeit des VDBIO

Lassen Sie mich mit meinem Bericht über die Aktivitäten des Verbandes mit den Gesprächen, die wir mit der Bundesregierung geführt haben, beginnen.

1) Berlin-Besuch:

Ende März trafen sich Frau Schumm und ich mit Vertretern der neuen Bundesregierung an zwei Tagen in Berlin. Wir hatten Gelegenheit, mit Vertretern aus dem Auswärtigem Amt, darunter Staatssekretär Pleuger und sechs weitere Mitarbeiter des Amtes, sowie im Bundeskanzleramt mit Staatssekretär Steinmeier und Herrn Pillath, Gruppenleiter Aussenwirtschaftspolitik ausführliche Gespräche zu führen. Dabei konnten wir erneut feststellen, daß der Verband von den Regierungsstellen als Vertreter der deutschen Bediensteten als Gesprächspartner gesucht und voll akzeptiert wird und daß die Bundesregierung und der Verband gleiche Interessen verfolgen, wobei die dahinterstehende Motivation bisweilen unterschiedlich ausfallen mag.

Die Regierung hat ein gesteigertes Interesse, daß die VN-Politik, die von deutschen Vertretern in den Gremien der VN mitformuliert wird, auch innerhalb des VN-Systems umgesetzt wird. Dies kann vor allem durch eine Erhöhung des deutschen Personalanteils geschehen, der z. Zt. nur 4,1% beträgt, wäh-

rend die Beitragsleistungen Deutschlands bei knapp 10% liegen.

Dieses Ziel wurde auch von Staatssekretär Steinmeier hervorgehoben.

Unter Bezug auf das Positionspapier des VDBIO verwiesen die Verbandsvertreter in dem Gespräch auf die Gründe dafür, daß nur relativ wenig Deutsche an einer Tätigkeit bei den VN interessiert sind. Es sind die unsicheren und im Vergleich zur deutschen Industrie oder EU-Verwaltung unattraktiven Arbeits- und Gehaltsbedingungen. Eine Verbesserung dieser Bedingungen ist das unmittelbare Ziel des Verbandes, da davon die Mitglieder unmittelbar profitieren werden.

Neben dem Positionspapier übermittelten wir unseren Gesprächspartnern in Berlin die neuesten Statistiken über den Anteil deutscher Bediensteter in den verschiedenen VN-Organisationen.

Die meisten Punkte des Positionspapiers wurden von unseren Gesprächspartnern als berechtigte Forderungen anerkannt und sie sagten entsprechende Unterstützung zu. Besonders Staatssekretär Steinmeier machte deutlich, daß die derzeitige Regierung ein erhebliches Interesse an einer aktiven deutschen VN-Politik hat und auch darauf hinwirken wird, daß durch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und anderer Maßnahmen der Personalanteil deutscher Bediensteter erhöht wird. Die Schaffung einer übergreifenden Koordinierungsstelle im Kanzleramt sah er allerdings z. Zt. nicht als vordringlich an. Unter seiner Leitung ist derzeit schon eine Staatssekretärsrunde tätig, die sich intensiv und systematisch mit den Fragen der VN und den dort tätigen Deutschen befaßt.

Auf unseren Einwurf hin, daß eine Staatssekretärsrunde unter der vorherigen Regierung aus der Sicht des VDBIO wenig erreicht und sich vordringlich mit der Plazierung von Beamten in die VN befaßt hat, versicherte er uns, daß die von ihm geleitete Runde keinen „Kaffeekränzchencharakter“ hat, sondern zielge-

richtet die Probleme im Zusammenhang mit den deutschen Bediensteten im VN-System angeht.

Für die Zukunft wurden weitere Konsultationen und ein Informationsaustausch mit dem VDBIO vereinbart.

2) Treffen mit dem Sozialausschuss des Deutschen Bundestages

Wie Sie aus unserem Rundbrief Nr. 102 entnehmen konnten, hatte der Vorstand im Juni 99 Gelegenheit mit einer Delegation des Sozialausschusses des Deutschen Bundestages unter der Leitung von Frau Renate Jäger die Probleme der sozialen Absicherung Deutscher in den VN- Organisationen zu diskutieren. Zwei Fragenkomplexe standen hierbei im Mittelpunkt: der Zugang zur deutschen Arbeitslosenversicherung, um deren Leistungen bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem VN-Dienst in Anspruch nehmen zu können, und der Zutritt deutscher Ehefrauen und weiblicher Bediensteter zum Berechtigtenkreis bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der deutschen Rentenversicherung.

Im Dezember erhielten wir, wie versprochen, eine Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages, der die soziale Absicherung deutscher Beschäftigter in internationalen Einrichtungen begutachtete, und zwar deutsche Beschäftigte bei den VN, bei der EU und den deutschen Entwicklungshilfeprogrammen.

Die zusammenfassende Bewertung kommt zu folgendem Ergebnis: „Die Übersicht hat gezeigt, daß die sozialrechtliche Absicherung von Mitarbeitern bei den Vereinten Nationen im Vergleich zur sozialen Sicherung von Mitarbeitern bei der Europäischen Union und von Entwicklungshelfern mit Verträgen deutscher Entwicklungshilfeträgern am schlechtesten ist. Diese Lücken können aber nicht allein durch Gesetzesänderungen im deutschen Recht aufgefangen werden. Eine Veränderung in der Sozialen Sicherung durch die Verein-

ten Nationen ist angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der VN nicht zu erwarten.

Im die Beschäftigung deutscher Mitarbeiter in den VN zu fördern, wird es notwendig sein, neue Wege zu beschreiten. Ein besonderer Bedarf scheint hier vor allen Dingen in der Absicherung des Risikos der Arbeitslosigkeit zu bestehen.

Andere Länder haben Lösungen gefunden, ihre sozialen Sicherungssysteme für die Mitarbeiter bei den Vereinten Nationen zu öffnen. So können französische und Schweizer Mitarbeiter freiwillige Leistungen an die Heimatversicherungsanstalten erbringen und so sicherstellen, daß sie bei ihrer Rückkehr sozial abgesichert sind.“

Diese Bewertung überrascht uns vom VDBIO nicht, und wir werden weiterhin darauf drängen, daß die Deutschen in den VN und Entwicklungsbanken eine bessere Absicherung erhalten.

3) APIO-Sitzung

Auch bei der letzten Sitzung des APIO war der VDBIO eingeladen, und Herr Dr. Willmann hat diesen Termin für den Verband wahrgenommen. Es hat sich auch diesmal wieder gezeigt, daß dieses Gremium zu groß ist und daß eine einmalige, jährliche Sitzung nicht ausreicht, um flexibel auf Personalangelegenheiten im Bereich der VN zu reagieren. Außerdem fühlt sich dieses Gremium nur für die Belange der deutschen Beamten zuständig und nicht für alle deutschen Bediensteten in den VN-Organisationen. Dies spiegelt sich auch in dem bereits mehrfach zitierten „Spiralmodell“ wieder. Aber selbst deutsche Beamte haben kein gesteigertes Interesse, zeitweilig VN-Bediensteter zu werden, da seit der letzten Novelle des Beamtenversorgungsgesetzes nach der Wiedervereinigung, die VN-Pension mit den Bezügen aus der aktiven Beamten-tätigkeit verrechnet wird. Daß dieses Modell so nicht funktionieren kann, wurde vom VDBIO immer wieder unterstrichen.

Das Beigeordnete-Sachverständigen-Programm, das wirksamste Instrument der Bundesregierung für den Einstieg in Internationale Organisationen, wurde leider im Zuge der Sparmaßnahmen des Finanzministers gekürzt. In Gesprächen mit dem BFIO wurde zwar versichert, daß das laufende Programm dadurch nicht gekürzt werden mußte und somit die gleiche Anzahl der Beigeordneten Sachverständigen gehalten werden konnte, ob im nächsten Jahr diese Kürzung wieder zurückgenommen wird, konnte aber nicht vorausgesagt werden. Der Verband wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, daß für dieses wichtige Programm die Mittel wieder erhöht werden.

Es zeigt sich auch an diesem Beispiel wieder, daß VN-Politik im Grunde von den Haushaltsausschüssen und den Finanzbeamten gemacht wird, die die Bundesregierung auch in den VN-Gremien vertreten.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir in den Ministerien mit unseren Forderungen auf Unterstützung rechnen können; zur Umsetzung dieser Forderungen müssen wir allerdings den Dialog verstärkt fortsetzen, damit auch konkrete Verbesserungen dabei herauskommen.

4) Präsenz in Berlin

Der Dialog mit Vertretern der Bundesregierung und des Parlaments ist einer der wichtigsten Aufgaben für den Verband, denn nur so können wir unsere Forderungen und Anregungen zur Stärkung des deutschen Einflusses auf die VN-Organisationen in allen Bereichen einbringen.

Mit dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin sind viele Ansprechpartner des VDBIO ebenfalls nach Berlin umgezogen. Dieser Umzug macht es nötig, daß der Verband seine Präsenz in Berlin ebenfalls verstärkt, damit der Dialog intensiv weitergeführt werden kann.

Auch der Arbeitskreis Deutschland mit seinem Sitz in Bonn, der diese Aufgabe mit dem Vorstand des Gesamtverbandes bisher erfüllt hat, hat diese Notwendigkeit bei seiner Mitgliederversammlung vom 14.9.99 zur Sprache gebracht.

Anlässlich einer Privatreise von Herrn Bartels und Herrn Haftendorn nach Berlin fand ein erstes Treffen im Dezember 1999 statt. Die Gesprächsrunde war sich einig, daß die früheren deutschen Regierungen eine wenig kohärente VN-Politik betrieben und die deutschen Interessen sowie die Interessen der Deutschen in den Organisationen kaum vertreten haben. Es ist unbedingt notwendig, daß die neue Regierung verstärkt über die Probleme der Deutschen informiert wird. Eine verstärkte Präsenz des Verbandes in Berlin soll dazu beitragen.

Herr Vogt hat sich zunächst bereit erklärt, diese Aufgabe zu koordinieren wobei die anderen anwesenden Mitglieder ihn hierbei unterstützen wollen. Es stellt sich nun die Frage, wie wir diese Berliner Gruppe am besten in die Verbandsorganisation integrieren.

Bisher wurde der Gesamtvorstand bei seinen Kontakten zu der Bundesregierung und dem Parlament von den Sprechern des Arbeitskreises Deutschland mit Sitz in Bonn unterstützt.

Nach Diskussion im Gesamtvorstand wurde beschlossen, einen eigenen Arbeitskreis Berlin mit eigener Mitgliederversammlung und Sprecher zu gründen. Der Arbeitskreis Bonn am Sitzort von VN-Organisationen wird weiterhin bestehen bleiben. Der Gesamtvorstand und die Sprecher der beiden Arbeitskreise in Deutschland werden Aufgabenbereiche und Kompetenzen festlegen. Die in Deutschland ansässigen Mitglieder können dann wählen, zu welchem AK sie gehören wollen.

Ein besonderes Problem, das die Pensionäre betrifft und vom AK Deutschland an den Vorstand herangetragen wurde, sind die Überweisungsgebühren für die Pensionszahlungen.

5) Besuche in den Arbeitskreisen

Zur weiteren Verstärkung der Verbandsarbeit hat Herr Willmann eine Reihe Besuche bei den verschiedenen Arbeitskreisen gemacht, und zwar in New York, Washington, Rom und Wien, Frau Matzner hat während einer Privatreise den AK Bangkok besucht.

Bei diesen Besuchen wurde mit den Sprechern und den lokalen Mitgliedern über die Verbandsziele diskutiert, aber auch über ganz praktische Dinge gesprochen, wie Verbandsorganisation, Höhe und Einzugsverfahren der Mitgliederbeiträge.

In einigen Arbeitskreisen ist es seit unserer letzten Mitgliederversammlung zu personellen Wechseln gekommen:

K Wien -
Frau Karin Rudolph, neue Sprecherin

K Manila -
Frau Dagmar Graczyk, neue Sprecherin

AK New York -
Herr Kamps, neuer Sprecher

Ich möchte hiermit allen ausgeschiedenen Arbeitskreissprechern für ihre aktive Mitarbeit danken und den Kollegen, die diese Aufgabe neu übernommen haben, zu ihrer Entscheidung beglückwünschen.

Der VDBIO ist seit jüngster Zeit auch im Internet zu erreichen. Mit unserer homepage www.VDBIO.ch

werden wir in Zukunft unsere Mitglieder noch aktueller informieren können, entweder direkt vom Gesamtvorstand oder mit Beiträgen von den Arbeitskreisen.

Ein besonderer Dank gilt hierbei Herrn Jesse und Herrn Lübke, die die Homepage konzipiert und ins Internet gebracht haben.

Bleibt noch ein kurzer Ausblick auf die zukünftigen Aktivitäten des Vorstandes.

Der VDBIO wird die Kontakte zum Parlament und der Regierung weiter verstärken und sich auch mehr in die allgemeine Diskussion um die VN-Politik Deutschlands einbringen.

Vor allen Dingen sollte der Verband in Zukunft eine größere Rolle spielen, denn mit dem Sachverstand unserer Mitglieder und der genauen Kenntnis über Ziele und das Funktionieren der VN kann der VDBIO kompetent zu vielen Sachfragen Stellung nehmen und Berater für Regierung und Parlament sein.

Dieses für Deutsche einmalige weltumspannende Netzwerk sollte von unseren Mitgliedern auch dahingehend genutzt werden, wann immer sie auf Dienst- oder Privatreisen sind, mit den Mitgliedern anderer Arbeitskreise Kontakt aufzunehmen, um Unterstützung und soziale Kontakte zu bekommen.

Ich möchte meine Ausführungen mit einem herzlichen Dank an alle Mitglieder des Gesamtvorstandes, den Sprechern der Arbeitskreise und allen anderen, die bei der Verbandsarbeit mitwirkten, beenden. Einen besonders herzlichen Dank für unsere langjährige Schriftführerin Frau Attar, die leider in Zukunft für den Vorstand nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

7. Haushalt

a) Bilanz 1999 und Bericht der Rechnungsprüfer

Herr Wirth bestätigt, auch im Namen von Frau Grebing, dass die Rechnungsprüfung für das Jahr 1999 durchgeführt wurde. Zur Prüfung des Finanzberichtes der Schatzmeisterin, der Bilanz, der Einnahmen- und Ausgabenrechnung und der dazu gehörigen Belege wurden alle erforderlichen Informationen geliefert. Die Mitgliederversammlung dankt den Rechnungsprüfern für ihre Arbeit.

b) Entlastung des Vorstands

Dem Antrag, den Vorstand zu entlasten, wird (mit zwei Gegenstimmen) stattgegeben.

c) Haushaltsplan 2000

Der Haushaltsplan sieht für 2000 Ausgaben in Höhe von CHF 36,060.- vor. Mit einem Überschuss von CHF 9.700.-, der hauptsächlich auf Einnahmen von Beiträgen zurückzuführen ist, die in vorhergehenden Jahren fällig waren und nach mehreren Mahnaktionen im Jahre 1999 entrichtet wurden, ist die finanzielle Lage des Verbandes als zufriedenstellend zu beurteilen und der Haushaltsplan für 2000 als realistisch anzusehen.

d) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge in Euro ab 2001

Herr Haftendorn erklärt, dass sich der Vorstand damit beschäftigt, die Zahlung der Mitgliedsbeiträge zu erleichtern, indem die Beiträge für Mitglieder in Ländern der Euro-Zone in Euro festgelegt werden. Dies wird in einem der nächsten Rundbriefe ausführlich abgehandelt.

Der Versammlungsleiter dankt dem Vorsitzenden des Verbands und allen Mitgliedern des erweiterten Vorstands für die ausgezeichnete Arbeit.

8. Neuwahl des Vorstands

Auf Vorschlag von Herrn Creutz werden als Vorstandsmitglieder gewählt:

Herr Klaus Haftendorn (ILO) - Vorsitzender

Herr Dr. Hans Willmann (UNHCR) – 1. Stellv. Vorsitzender

Herr Reiner Schmidt (CERN) – 2. Stellv. Vorsitzender

Frau Eva Schumm (WIPO) - Schatzmeisterin

Frau Jürgens-Genevois (UNDP) – Schriftführerin

Herr Haftendorn bedankt sich nach der Wiederwahl für das ausgesprochene Vertrauen und bittet den gesamten Vorstand, die Arbeitskreise und alle Mitglieder, ihn tatkräftig zu unterstützen, um die Arbeit des Verbands wirksam und erfolgreich fortzuführen. Er appelliert

liert an die Mitglieder, daß mehr technische Beisitzer benötigt würden und mehr substantielle Beiträge erwünscht seien.

9. Benennung der Rechnungsprüfer

Herr Wirth und Frau Grebing werden einstimmig als Rechnungsprüfer wiedergewählt.

10. Verschiedenes

Frage: Wie werden die erhöhten Bankspesen bei Rentenüberweisungen reduziert/abgeschafft?

Antwort: Der Vorstand hat sich mit großem, persönlichem Einsatz darum bemüht und wird

auch weiterhin versuchen, eine zufriedenstellende Lösung zu erwirken². Er bittet aber auch gleichzeitig alle Verbandsmitglieder, einen Beitrag bzw. Informationen hierzu zu erbringen.

Der Versammlungsleiter dankt dem Botschafter und den Gästen, sowie den Arbeitskreissprechern und Mitgliedern für ihre Teilnahme. Er erinnert an den Empfang, der anschließend in der Residenz des Generalkonsuls stattfindet und dankt Herrn Flittner im Namen der Mitgliederversammlung herzlich für diese Einladung.

Die Mitgliederversammlung schließt um 20.35 Uhr.



Anhang:

Berichte der Arbeitskreise

Arbeitskreis Deutschland (AKD)

Dem AKD gehören rund 120 Mitglieder an. Neue Perspektiven ergeben sich aus zwei historischen Veränderungen: der Entwicklung von Bonn als VN-Standort und des Umzugs von Bundestag und Bundesregierung nach Berlin. Einmal sind im AKD nunmehr nicht nur Pensionäre, sondern auch einige VN-Mitarbeiter des aktiven Dienstes vertreten, was sich auch in der Gruppe der Sprecher auswirkt (je eine Person aus der P- und G-Kategorie und ein Pensionär). Zum anderen wird die politische Kontaktarbeit sich zunehmend auf Berlin verlagern, während Bonn als VN-Stadt und Zentrum entwicklungspolitischer Institutionen nach wie vor seine Bedeutung für die Verbandsarbeit behalten wird. Es ist deshalb zu erwägen, ob es in Deutschland in Zukunft zwei Arbeitskreise geben soll oder ob der AKD als Einheit bestehen bleiben soll und in Berlin und Bonn aktive Arbeitsgruppen bilden soll. Die Diskussion innerhalb des

AKD neigt in der letzten Zeit eher der zweiten Lösung zu.

Die Mitglieder wohnen im übrigen über das Bundesgebiet verstreut. Von Zeit zu Zeit werden neben der jährlichen MV in Bonn gesellig-informative Treffen veranstaltet, zu denen Teilnehmer aus dem Raum zwischen Frankfurt und Düsseldorf zusammenkommen. Das letzte dieser Treffen hat im März 2000 stattgefunden und hat sich schwerpunktmässig mit Steuerfragen und dem VN-Pavillon auf der EXPO 2000 befasst. Wir erwägen, die diesjährige MV auf der EXPO abzuhalten.

Andere Fragen, die regelmässig im Kreis des AKD behandelt werden, sind die sehr unglücklichen Vertragsbedingungen für jüngere Kollegen im Dienst der VN, das Fehlen des Anschlusses an die Arbeitslosenversicherung, Fragen der Pflegeversicherung, der Verrechnung von Versorgungsleistungen für Mitar-

² An dieser Stelle verweisen wir auf den Artikel in diesem Rundbrief in englischer Sprache „News of the Pension Fund - Bank charges on pensions paid in Euroland currencies“

beiter des öffentlichen Dienstes und das Problem der Bankgebühren für Pensionszahlungen.

Traditionell hat der Kreis aktiver und ehemaliger Sprecher, der sich regelmässig trifft, die Anliegen des VDBIO-Vorstandes am Ort in Bonn unterstützt und insbesondere Besuche aus Genf begleitet, so auch bei der Teilnahme an den APIO-Sitzungen, wo die Diskussion um die deutsche Haltung in der Personalpolitik stattfindet und der VDBIO eine wichtige, beratende Rolle haben kann.

Im allgemeinen wird im AKD eine stärkere Verbindung mit den Anliegen und der Arbeit des Gesamtverbandes befürwortet. Das gilt für Bonn und Berlin in gleichem Masse.

Bei der letzten Sitzung wurde im übrigen die Frage gestellt, ob ein fester Anteil der Beiträge an die Arbeitskreise weitergegeben werden könnte, um die praktische Arbeitsfähigkeit der AK zu stärken.

Manfred Kulesa, Bonn

Arbeitskreis Genf

Auf der letzten Mitgliederversammlung des AK Genf im März 1999 wurde ein neues Sprecherteam gewählt mit Dr. Hans-F. von Rohland als Sprecher und Ruth Hahn-Weinert, Kathrin Larrey und Andreas Maurer als stellvertretenden Sprecher(innen). Bei dieser Gelegenheit soll die Arbeit des vorherigen Sprecherteams unter Leitung von Herrn Schmidkunz noch einmal gebührend gewürdigt werden. Der deutsche Generalkonsul in Genf, Herr Flittner, hatte sich dankenswerterweise bereit erklärt, einen Vortrag zum Thema „Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei Einfuhr in die Schweiz“ zu halten.

Das Verbandsmittagessen am ersten Mittwoch jeden Monats im ILO-Restaurant ist zu einem regelmässigen Treffpunkt der aktiven Verbandsmitglieder und Kontaktleute in den in Genf ansässigen Organisationen geworden - leider sind es (fast) immer die gleichen Gesichter. Eine weitere Funktion ist der Kontakt und Austausch von Informationen mit der Ständigen Vertretung, für die der deutsche Generalkonsul in Genf, Herr Flittner, regelmässig zu diesen Mittagessen kommt.

Der Versuch, einen Vortrag zur Vermögensberatung zu organisieren, erwies sich als nicht ganz einfach. Versuche der Kontaktaufnahme zu Schweizer Grossbanken zeigten, dass internationale Beamte und ihre finanziellen

Möglichkeiten dort wohl nicht besonders hoch eingeschätzt werden - anders lässt sich das laue Interesse schwer erklären. Wir haben aber eine positive Antwort von der Deutschen Bank erhalten, was es uns möglich machte, diesen Vortrag über „Aktienanlagemöglichkeiten - Trends und Aussichten“ für den 22. Juni zusammen mit der Mitgliederversammlung des AK Genf anzukündigen.

Wie üblich fand im Zusammenhang mit der Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes am 8. Mai in Genf wieder ein Sprechtag der DKV in Lörrach für die Mitglieder statt.

Der Arbeitskreis Genf ist zudem aktiv im Rahmen der Tätigkeiten des Gesamtverbandes. Ein gutes Beispiel in dieser Hinsicht ist der Verbandsrundbrief, den der Sprecher des AK Genf redigiert, oder die aktive Mitarbeit bei der Gestaltung der VDBIO-Webseite. Die Beiträge für den Mitteilungsbrief an die Mitglieder des Arbeitskreises Genf kommen von einigen wenigen Personen, die viel Zeit für diese Artikel investieren und denen an dieser Stelle gedankt werden soll.

Ich möchte diese Gelegenheit deshalb auch benutzen, die „schweigende“ Mehrheit im AK Genf und im Verband zu einer verstärkten Mitarbeit aufzufordern. Gute Ideen und Vorschläge sind ein erster Schritt.

Hans von Rohland, Genf

Arbeitskreis Montreal

Bei der *International Civil Aviation Organization* (ICAO) sind zur Zeit mit deutscher Staatsangehörigkeit sieben Mitarbeiter/Innen, eine Beigeordnete Sachverständige und zwei Kollegen auf Kurzzeitverträgen angestellt. Seit 1997 hat sich zwar der Status quo eines deutschen Personalanteils von 2.4% bei der ICAO durch zwei Einstellungen verbessert, man kann aber weiterhin von einer deutschen Unterrepräsentanz innerhalb der ICAO sprechen.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit des AK Montreal steht nach wie vor die Informationsvermittlung über gemeinsame Anliegen als Mitarbeiter/Innen und Pensionäre von ICAO und der Aufbau und die Pflege der Mitgliederbeziehungen. Zusammenkünfte des AK Montreal werden nach Bedarf gehalten.

Natürlich teilt der AK Montreal weitgehend die Erfahrungen und Frustrationen anderer Arbeitskreise sowie der Personalvertretungen der VN bezüglich Anerkennung von Leistung, im internationalen Vergleich angemessene Besoldung, Mitbestimmung etc. Obwohl der vergleichsweise kleine AK Montreal im Verband als nicht sehr aktiver Arbeitskreis erscheinen mag, ist das Interesse und Engagement seiner Mitglieder/Innen nicht gering zu schätzen. Einige Mitglieder des AK Montreal, sowie ein deutsches Nicht-VDBIO Mitglied, sind seit vielen Jahren in der Personalvertretung der ICAO, bei der FICSA und im ACPAQ engagiert. Die langjährigen Bemühungen des VDBIO, hinsichtlich der Verbesserung der VN-Rahmenbedingungen auf deutsche Entscheidungsträger Einfluss zu nehmen, werden vom AK Montreal nachdrücklich anerkannt.

Aus der Geschichte des AK Montreal, der Herkunft und der Zusammensetzung seiner Mitgliedschaft erklärt sich das besondere Interesse mehrerer Mitglieder/Innen an folgenden Themen:

- Wahlrecht für Auslandsdeutsche
- Pflegeversicherung für Auslandsdeutsche

- Erbschafts- und Schenkungsregelungen in der BRD
- Rentenversicherungsrecht für Angestellte
- Besteuerung von Renten und Pensionen in der BRD
- Veränderungen im Beamtenrecht, z.B. Entsendungsrichtlinien, Versorgungsansprüche
- (Herrn Creutz' Klarstellungen bez. § 56 BeamtVG)
- Programm für Beigeordnete Sachverständige

Obwohl Montreal einige der schwierigen Arbeitsbedingungen anderer Dienstorte nicht teilen muss, gibt es durchaus berechtigte Forderungen seitens der ICAO-Bediensteten. So herrscht zum Beispiel unter den Kollegen/Innen der Professionellen Kategorie weiterhin allgemeine Unzufriedenheit über die im Vergleich relativ niedrige Einstufung des Ortsausgleiches für Montreal (7.6 % ab Mai 2000). In dieser Hinsicht haben bei der Erstellung des Ortsausgleiches seitens der ICSC u.a. unsere Forderungen nach Berücksichtigung der besonderen Klimabedingungen Montreals sowie der ungewöhnlich hohen „out-of-area-expenses“ in US Dollar wegen der Nähe zur USA leider kein Gehör gefunden.

Die generelle Unterstützung des Beigeordneten Sachverständigen Programms durch die Ständige deutsche Vertretung des BMV im Rat der ICAO hatte positive Auswirkungen auf den deutschen Personalbestand. Im Vergleich zu regelmässiger und ausserordentlicher Unterstützung seitens der Regierung anderer Mitgliedsländer bei personalpolitischen Entscheidungen innerhalb der ICAO wäre überlegenswert, wie eine noch wirkungsvollere Unterstützung seitens der deutschen Regierung, angeführt vom zuständigen Fachministerium BMV, aussehen könnte. Unterstützung von Bewerbungen deutscher Bediensteter bei Internationalen Organisationen seitens des BFIO, in Koordination mit dem Auswärtigen

tigen Amt, wäre eine zusätzliche Möglichkeit, den deutschen Personalinteressen Ausdruck zu verleihen.

Neben der Weiterverfolgung oben genannter Punkte wären für die Zukunft unter anderem folgende Initiativen für den AK Montreal von Interesse:

- Fragen doppelter Staatsangehörigkeit
- Mitwirkung bei der Verbesserung des Sitzstaatsabkommens für Montreal
- Verbesserte Einwirkung auf Personalpolitik bei der ICAO
- Budgetaufstockung für das Programm der Beigeordneten Sachverständigen und intensivere Vorbereitung und Begleitung durch das BFIO; Einbeziehung der BS in die Ausgleichszahlung
- Anerkennung bei der Rentenberechnung von Erziehungszeiten im Ausland
- Beratung in Montreal über steuerliche Behandlung der Pensionsbezüge deutscher VN- Bediensteter, Kapitalabfindung vs. VN-Vollrente etc.

- Verbesserung des Bundesbeamtengesetzes hinsichtlich Entsendungsrichtlinien für Beamte (insbesondere bezüglich Gegenrechnung der UNJSPF-Pensionen), Leerstellenanhebung, Übertragung von Beamtenversorgungsansprüchen zum UNJSPF etc.

Abgesehen von spezifischen Anliegen, wäre es in diesem Forum der VDBIO Mitgliederversammlung aufschlussreich zu erörtern, ob eine engere Zusammenarbeit mit der FICSA/CCISUA und nationalen Interessenverbänden anderer VN-Bediensteter als Beitrag zur Interessenvertretung des Verbandes angesehen würde.

Die Ermöglichung der Teilnahme von Herrn Sander-Fischer (seit 1992 Sprecher des AK Montreal) an der diesjährigen Mitgliederversammlung seitens des Vorstandes ist besonders im Hinblick darauf begrüßt worden, dass der AK Montreal schon seit mehr als acht Jahren nicht mehr bei einer Mitgliederversammlung vertreten sein konnte.

Wolfgang Sander-Fischer, Montreal

Arbeitskreis Nairobi

Mitglieder:

Der Arbeitskreis Nairobi hatte im Berichtsjahr mit Dr. Heinz Kull einen Abgänger zu verzeichnen. Er bleibt aber dem Verband als Pensionär weiterhin erhalten. Im Laufe des Jahres 1999 und auch zu Beginn des Jahres 2000 hat sich der Arbeitskreis durch aktive Mitgliederwerbung um fünf Personen erweitert.

Allgemeine Lage am Dienort Nairobi:

Die bereits im Bericht zur letzten Mitgliederversammlung sowie in einem Beitrag des Arbeitskreises Nairobi im Jubiläums-Rundbrief Nr. 100 ausführlich geschilderte allgemeine Lage am Dienort, die Arbeitsbedingungen

und die Lebensqualität in Kenia haben sich insgesamt weiter verschlechtert. Das betrifft vor allem die persönliche Sicherheit der hier tätigen VN-Bediensteten und ihrer mitgereisten Ehepartner und Kinder sowie die rapide steigenden Lebenshaltungskosten bei geringer Produkt- und Servicequalität. Das Bild Kenias und seiner Hauptstadt ist weiterhin vom Verfall der Infrastruktur und der angespannten politischen Lage geprägt. Die meisten der in Nairobi beschäftigten deutschen VN-Mitarbeiter, besonders die „Langgedienten“, haben bisher erfolglos versucht, den Dienort zu wechseln. Erhöhte Mobilität, Rotationsprinzipien oder organisierte Standort-Swops werden zwar innerhalb des VN-Systems propagiert, scheinen aber in Nairobi

nicht zu greifen. Das liegt zum einen daran, dass weit mehr Mitarbeiter aus Nairobi heraus als hinein wollen. Zum anderen sind natürlich Spezialwissen, Erfahrungen und Ausbildung vieler deutscher VDBIO-Mitglieder gerade an solchen Organisationen wie UNCHS (Habitat) oder UNEP gefragt, und diese haben nun einmal ihren Stammsitz in Nairobi. Wenn es allerdings ein deutscher Kandidat, und noch dazu einer aus Nairobi, unter die letzten drei oder vier für einen Posten in New York, Genf oder Wien geschafft hat, dann sollten die zuständigen deutschen Stellen diese Bewerbung nicht nur wohlwollend begleiten, sondern als wichtiger und pünktlicher VN-Beitragszahler mit ebensolchem Nachdruck unterstützen wie das die USA, Frankreich, Grossbritannien, die Skandinavien oder andere Mitgliedsländer tun. Hier haben leider auch Mitglieder des VDBIO-Arbeitskreises Nairobi die Erfahrung gemacht, dass vollmundigen Versprechungen deutscher Regierungsvertreter, beispielsweise des AA, auf den jährlichen VDBIO-Mitgliederversammlungen nur wenig Taten folgen. Diese beschränken sich manchmal lediglich darauf, dass man kurz vor der nächsten VDBIO-Mitgliederversammlung freundlich bei den Kandidaten nachfragen lässt, was denn aus dieser oder jener Bewerbung geworden sei.

Umso wichtiger erweisen sich auch in Hinblick auf die weiterhin abnehmende Arbeitsplatzsicherheit im VN-Sekretariat und in den Spezialorganisationen gezielte Rückkehrhilfen der Bundesregierung für ehemalige deutsche VN-Bedienstete. Zur Palette der Massnahmen, die eine Wiedereingliederung in ein deutsches Arbeitsverhältnis erleichtern, könnten durchaus Arbeitsplatzangebote im öffentlichen Dienst gehören. Internationale Arbeitserfahrung in einer VN-Organisation kann mit Sicherheit als förderlich gelten, auch schwierige Aufgaben des deutschen öffentlichen Dienstes zu meistern. Diese Erkenntnis scheint sich jedoch schwer durchzusetzen, so dass zusammenfassend das „Abenteuer Ver-

einte Nationen“ sowohl für entsandte Beamte als auch für individuelle Arbeitnehmer aus Deutschland mehr und mehr an Attraktivität einbüsst.

Themen des Arbeitskreises:

Auch innerhalb des Berichtszeitraumes 1999/2000 haben sich die Mitglieder des AK Nairobi etwa vierteljährlich getroffen. Der regelmässige Stammtisch in einem Lokal Nairobi wurde ebenfalls beibehalten und von vielen regelmässig besucht. Ein Teil dieser Treffen fand mit Vertretern der deutschen Botschaft statt, nicht selten auf deren Einladung hin. Im Zusammenhang mit der generellen und individuellen Sicherheitslage in Kenia, wurde wiederholt die Abstufung Nairobi zu einem VN Standort der C-Klasse diskutiert, was zumindest das Recht auf einen jährlichen Heimaturlaub einbringen würde.. Ein Reizthema der Treffen des AK Nairobi mit der Botschaft bleibt nach wie vor die bislang unzulängliche Unterstützung der Wiedereingliederung in Deutschland nach dem Ausscheiden aus dem VN Dienst.

Themenschwerpunkte des Verbandes:

Aufgrund der geschilderten Situation, erneuert der AK Nairobi seine Forderung an den VDBIO, sich mit den folgenden Themen intensiver auseinanderzusetzen, Lösungen vorzuschlagen und deren Durchsetzung zügig voranbringen zu helfen:

- a) Einwirkung auf deutsche Regierungsstellen, in entsprechenden VN Gremien die Erhöhung des Ortsausgleiches für Nairobi sowie die Abstufung dieses Dienstortes in Kategorie „C“ zur Entscheidung vorzuschlagen.
- b) Schaffung wirksamer Wiedereingliederungshilfen, die die Rückkehr von ehemaligen VN-Mitarbeitern nach Deutschland abfedern.

Günter Karl, Nairobi

Arbeitskreis New York

Das 1998 gewählte Sprecherteam Angela Kane, Anna Edighoffer-Murray und Gregor Boventer hatte im Januar in einer Mitgliederversammlung zur Neuwahl aufgerufen. Es fanden sich jedoch keine Mitglieder, die bereit waren, diese Aufgabe zu übernehmen.

Als Übergangslösung war Thomas Kamps bereit, den Vorsitz bis auf weiteres wahrzunehmen, unterstützt von Angela Kane und Gregor Boventer. Eine Neuwahl wird hoffentlich zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden können.

Mitgliedschaft:

Anfang 2000:	45 Mitglieder insgesamt
P-2	2
P-3 und >:	37
Pensioniert:	6

Neun Mitglieder haben ihren Wohnsitz nicht in NY, da sie entweder auf Mission sind oder sich anderswo niedergelassen haben, werden aber vom AK NY betreut.

Seit dem letzten Bericht wurde die Mitgliederliste aufgearbeitet und mehrere Mitglieder, die sich nach Pensionierung in Europa niedergelassen hatten, wurden von NY nach Genf überwiesen. Auch haben einige Mitglieder die Uno verlassen (darunter unser prominentestes Mitglied, Herr Paschke). Die Zahl der Mitglieder blieb jedoch relativ stabil durch einige Neuzugänge, auch wenn deren Zahl bescheiden ist, trotz unserer Bemühungen, verschiedene Kollegen persönlich auf die Vorteile einer Mitgliedschaft hinzuweisen.

Veranstaltungen:

Die Tradition, an jedem ersten Mittwoch im Monat einen Mittagstisch der deutschen Uno-Mitarbeiter zu organisieren, wurde Ende 1999 aufgehoben, da die bisherige treue Organisatorin die Uno verließ. Ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin für diese Aufgabe hat sich noch nicht gefunden, und wir überlegen da-

her, ob der Vorsitz eventuell die Organisation noch mit übernimmt.

Informationsveranstaltungen für Mitglieder werden je nach Interesse und Möglichkeit organisiert. Frau Dr. Laux (Leitung des medizinischen Dienstes der Uno) referierte im Oktober über die Rolle des medizinischen Dienstes, vor allem auch im Hinblick auf Friedensmissionen. Im Dezember war der Besuch von Vorstandsmitglied Hans Willmann, Genf, Anlass zu einem Treffen und gemeinsamen Mittagessen. Im Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt. Eine für Ende Februar geplante Veranstaltung mit einer SPD-Delegation wurde zu unserem Bedauern sehr kurzfristig abgesagt. Im April bot der Besuch von dem früheren Vorsitzenden Michael Finger, Genf, die Gelegenheit zu einem gemeinsamen Mittagessen und Gespräch.

Themen des AK New York:

- *Frage der Pflegeversicherung:* da diese Versicherung in Deutschland obligatorisch ist, sollte sie auch für deutsche Beamte in der Uno als Auflage gelten. Was für Konsequenzen ergeben sich für die Deutschen, wenn sie nach Beendigung ihrer Dienstzeit nach Deutschland zurückkehren?
- *Wahlrechtsfrage nach 25 Jahren Abwesenheit aus Deutschland:* wir unterstützen die Forderung des AK Washington, sich für die fortlaufende Wahlberechtigung einzusetzen.
- *Umfrage bzgl. Beitritt zur Versicherung bei der Bundesanstalt für Angestellte:* sollte dies von der Regierung als Auflage gemacht werden, so würde der Arbeitgeberanteil von der Uno getragen (Beispiel: social security der USA); dies ist mehrmals vom AK NY zur Sprache gebracht worden, wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, die deutschen UNO-Beamten seien daran nicht interessiert.

- *Mangelnde Karriereaussichten*: durch grosse Etat- und Postenkürzungen sind Aufstiegschancen deutlich geringer geworden, da viele Posten - vor allem auf gehobenem Niveau - gestrichen wurden. Gleichzeitig wurde der politische Druck von Ausseneinsteigern grösser, so dass Karriereaussichten kaum noch über P4/5 hinausreichen.
- *Starke Zunahme von Kurzzeitverträgen*, mit allen Nachteilen davon (keine Verlängerungsgarantie, oft unzureichender sozialer Schutz, keine Zuwendungen für Familie, oft Einsatz in gefährdeten Gebieten/Ländern) - wie kann die Regierung hier helfen? Auch müsste ein Merkblatt erarbeitet werden, das diese Fragen behandelt und praktische Hinweise für die Betroffenen gibt.

Unterschiedliche Behandlung von entsandten deutschen Beamten: diese Frage taucht oft in Sitzungen auf und erregt Missfallen: entsandte Beamte gehen nach der Pensionierung zurück in ihr Ministerium, haben zusätzliche Sozial- und Pensionsansprüche und sind den „regulären“ UNO-Beamten gegenüber bevorteilt.

Fragen und Vorschläge an den VDBIO:

- *Was macht der Verband in Berlin?* Wie geht man dort vor, um die Anliegen deutscher internationaler Bediensteter vorzutragen und zu verfolgen?
- Beitragszahlung: wir möchten unseren Vor-

schlag wiederholen, den Beitrag in Euro oder DM zu überweisen. Auch unterstützen wir den Vorschlag des AK Washington, einen einheitlichen Beitrag für alle Mitglieder anzusetzen und nicht nach Rang zu staffeln.

- Wie können wir verstärkt Mitgliederwerbung betreiben? Viele sind uns seit Jahren treu, aber wir haben Schwierigkeiten, Neuzugänge zu verbuchen, vor allem unter den jüngeren Jahrgängen. Einzige Attraktion sind monatliche Veranstaltungen, die allerdings für die Sprecher arbeitsaufwendig in der Organisation sind. Wie könnte der Verband hier helfen? Vor allem Deutsche, die nur kurzfristig für die UNO arbeiten, sehen keinen Grund für ihren Beitritt.
- Der Jahresbeitrag wird von vielen als hoch angesehen, wodurch wir Schwierigkeiten haben, neue Mitglieder zu werben. Könnten wir nicht einen niedrigeren Beitrag ansetzen, was Mitgliederwerbung leichter machen würde?
- Grösserer Meinungs austausch zwischen Deutschen in verschiedenen Dienstorten wäre sehr nützlich. Vorschlag: pro Dienstort ein Mitarbeiter, der (oder die) bei Personalfragen behilflich ist. Kollegen in kleineren Dienstorten sind oft benachteiligt, wenn es um Bewerbungen in NY oder Genf geht.

Thomas Kamps, New York

Arbeitskreis Paris

Zuallererst möchten wir uns recht herzlich bei den Genfer Kollegen, insbesondere dem Vorstand und Frau Matzner für die im letzten Jahr geleistete Arbeit bedanken. Ich möchte ganz selbstkritisch einschätzen, dass sich unser Arbeitskreis auch im Jahre 1999 nicht von seiner kooperativsten Seite gezeigt hat. Die

Gründe dafür sind vielfältiger Natur.

Einerseits, ging mit der Abnahme des deutschen Personalbestandes der UNESCO auch die Mitgliederzahl des Pariser Arbeitskreises des VDBIO im Jahre 1999 weiter zurück. Während die in Rente gehenden Kollegen den Arbeitskreis in der Regel verlassen, sehen Bei-

geordnete Sachverständige und andere Neuankömmlinge (ohne Ausnahme) noch keine ausreichende Perspektive in der Organisation, um ihm beizutreten.

Andererseits gab es keine gravierenden Probleme, die eine Stellungnahme oder das Eingreifen des Verbandes erfordert hätten. Die in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen organisierten Mittagessen unter Beteiligung des UNESCO Botschafters Deutschlands und anderer Kollegen der deutschen UNESCO Vertretung erfreuen sich einer regen Beteiligung und werden wegen des intensiven Informationsaustausches von allen geschätzt. Die Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt kann weiterhin als sehr gut eingeschätzt werden. Der gegenseitige Meinungs- und Erfahrungsaustausch wird von beiden Seiten als sehr hilfreich für die Arbeit empfunden.

Die Rundbriefe aus Genf werden von allen Mitgliedern gern gelesen und diskutiert. Das kann jedoch nicht über eine gewisse Identitätskrise des Pariser Arbeitskreises hinwegtäuschen. Die relativ niedrige Bewertung des „überbezahlten“ Berufsstandes des Internationalen Beamten in der Presse, die fehlenden Visionen und ernst zu nehmende Schwächen in der Arbeits- und Programmgestaltung der VN-Organisationen nicht ganz realitätsfremd widerspiegelt, setzt auch dem Wirken des VDBIO zur Förderung der Attraktivität des Dienstes in internationalen Organisationen ernst zu nehmende Grenzen.

Das Sozialmodell Deutschland und das Modell des europäischen Wohlfahrtsstaates haben ausgedient, verkünden die Reformer im Zeichen der Globalisierung. Die Kollision zwischen westlichen Anspruchsgesellschaften und asiatischen Verzichtsgesellschaften bestärkt die Fürsprecher des ‚Turbo -Kapitalismus‘ in der Überzeugung, dass die Deutschen zu wenig arbeiten, zu hohe Einkommen beziehen, zu viel Urlaub machen und zu oft krank feiern. Es bedarf wohl keiner näheren Erläuterung, dass die Einkommens- und Ur-

laubsregelungen des UN-Systems nicht weit hinter dem des Durchschnittsdeutschen zurückstehen. Kürzungen der Lohnfortzahlung bei Krankheit, Aufhebung des Kündigungsschutzes, radikale Schnitte bei allen Sozialleistungen und Lohnsenkungen trotz steigender Produktivität sind prinzipielle Forderungen der Befürworter einer zunehmenden „Amerikanisierung“ des deutschen Arbeitsmarktes.

In diesem Zusammenhang klingen die Ziele des VDBIO, insbesondere das Vertreten gemeinsamer Belange wie die Anerkennung der in internationalen Organisationen geleisteten Arbeit und gesammelten Erfahrung, die berufliche Förderung, die Verbesserung der sozialen Sicherheit, die Schul- und Berufsausbildungsmöglichkeiten der Kinder und die Erleichterung der Rückkehr und Wiedereingliederung in die Bundesrepublik, Verbesserung des Status und der Rechtsstellung der deutschen internationalen Bediensteten, zweifellos attraktiv, wirken aber auf Neuankömmlinge in der UNESCO kaum überzeugend.

Punkt 3 der Satzung des VDBIO sieht vor, „der Verband wirkt auf die Bundesregierung und andere geeignete Institutionen ein, sich in den zuständigen Gremien der internationalen Organisationen für angemessene Beschäftigungsbedingungen und eine zufriedenstellende Altersversorgung der Bediensteten einzusetzen“. Aus unserer Sicht erweckt dieser Punkt nicht nur den offensichtlich falschen Eindruck, die Beschäftigungsbedingungen und die Altersversorgung wären nicht angemessen, sondern ihm fehlt auch jeglicher Zusammenhang mit den realen Leistungen eben dieser internationalen Organisationen.

Es ist zweifellos an der Zeit, die Satzung dahin gehend zu ändern, dass der Akzent des Engagements des Verbandes auf wirklichkeitsnahe und vor allem lösbare Aufgaben gesetzt wird. Das Annahmen des Einsatzes der Bundesregierung für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen internatio-

ner Bediensteter gehört aus unserer Sicht nicht dazu. Demgegenüber sind die Bemühungen des Verbandes für eine Verbesserung der Personalpolitik Deutschlands lobenswert.

Und noch ein letzter Vorschlag zum Thema Informationsmaterial. Vielleicht wäre es möglich die konkreten Erfahrungen im den Bereichen Renten, Steuern und Versicherungen

noch einmal mit mehr Details und für alle Mitglieder zugänglich (eventuell auf der Web-Site) aufzuarbeiten. Immer wieder werden Fragen gestellt, an wen man sich bezüglich der Rente und ihrer Besteuerung wenden soll, schriftlich oder telefonisch, auf welches Gesetz man sich berufen könnte usw. Die Sammlung wichtiger Informationen aus dem Jahre 1994 ist den Ansprüchen der Kollegen nicht mehr gewachsen.

Ingo Schröter, Paris

Arbeitskreis Rom

Die meisten deutschen VN-Kollegen sind in Rom bei der FAO beschäftigt, daneben gibt es noch das Welternährungsprogramm (WFP) und den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD). Insgesamt sind in Rom ungefähr 100 deutsche Bedienstete bei internationalen Organisationen beschäftigt, davon sind ca 12 APOs, ebenfalls ca 12 im General Service Bereich und etwa 10 in Direktorenposten. Bei der FAO hat sich seit der Mitte der 90er Jahre der deutsche Anteil an professionellen Posten, die dem geographischen Verteilungsschlüssel unterliegen, von leicht unter auf leicht über 6% erhöht, bei einem deutschen Anteil am FAO-Budget von knapp unter 10%.

Weniger als die Hälfte der deutschen Kollegen ist Mitglied im VDBIO. Ein Grund dafür mag sein, dass durch die EU-Zugehörigkeit Italiens einige typische Auslandsprobleme für die römischen Kollegen nicht existieren, und dass eine auch gewisse Skepsis bezüglich des Handlungsvermögens des VDBIO existiert.

(Die folgenden Passagen sind vor allem auf die FAO bezogen; mit einigen Einschränkungen treffen viele Aussagen auch auf die anderen römischen VN-Organisationen zu.)

Das Jahr 1999 endete für die FAO wie bereits die beiden vorangegangenen Budgetperioden mit einer effektiven Budgetkürzung (nominal

zero growth), mit weiteren Personalkürzungen und einer höheren Arbeitsbelastung für die verbliebenen Kollegen als Folge. Im neuen Jahr sank zudem infolge der Schwäche des Euro der Kaufkraftausgleich (post adjustment) für auf einen neuen Tiefstand (ein Multiplier von unter 1). Bezüglich der Gehälter und allgemein der Dienstbedingungen haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben - das VN-System liegt weit hinter anderen Organisationen (OECD, EU, Weltbank, etc.) zurück, was unter anderem auch zu Rekrutierungsschwierigkeiten für qualifizierte deutsche Bewerber führt.

Der Personalabbau der FAO während der letzten Jahre und die unsichere Zukunft der Organisation lassen die Probleme einer Beschäftigung bei den VN deutlicher in den Vordergrund treten, so z.B. die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Desgleichen gibt es weniger Möglichkeiten zur Weiterbildung und zum beruflichem Aufstieg. Häufig werden freiwerdende Stellen in der FAO herabgestuft und Pensionäre regelmässig für reguläre Tätigkeiten eingestellt. Für VN-Bedienstete im Mittelbau bedeutet dies in zunehmendem Masse einen beruflichen Stillstand.

FAO-Kollegen auf Projektposten haben quasi keine Aussicht auf Weiterbeschäftigung nach Projektende. Ebenfalls bedeutet die zunehmende Dezentralisierung der FAO (und mehr noch, der „Unified Service“ des WFP), dass Kollegen nicht mehr damit rechnen kön-

nen, längere Zeit an einem Dienstort oder in der Zentrale zu bleiben.

Es existiert weiterhin das Problem der Versorgungslücke bei VN-Mitarbeitern, die erst relativ spät in Ihrer beruflichen Laufbahn in den VN-Dienst eingestiegen sind und nicht aus einem Beamten- oder anderen Arbeitsverhältnis beurlaubt sind. FAO-Bedienstete erreichen die Altersgrenze mit 62 Jahren. In Deutschland werden Ansprüche aus der Rentenversicherung und eventuell vorher erworbene Betriebsrenten erst mit 65 Jahren fällig. Da die Pensionszahlungen der FAO in diesem Fall bei weitem nicht ausreichen, sind diese Kollegen auf die dreimonatige Überbrückungsbeihilfe des Bundesverwaltungsamtes (100 DM/Tag) und ansonsten auf ihre eigenen Rücklagen angewiesen. Zudem haben sie noch Schwierigkeiten, eine angemessene Krankenversicherung aufrechtzuerhalten, da sie nicht in die deutsche gesetzliche Krankenversicherung zurückkehren können.

Wie Sie sehen, überwiegt die Aufzählung von Problemen in diesem Überblick. Es ist in diesem Zusammenhang aber auch erfreulich zu

Bernd Bültemeier, Rom

Arbeitskreis Wien

Mitglieder:

Der Arbeitskreis Wien hat über 80 Mitglieder bei insgesamt 142 deutschen Bediensteten im Höheren und Allgemeinen Dienst, die bei den in Wien ansässigen Internationalen Organisationen tätig sind (IAEA, UNOV, UNIDO, CTBTO, OSZF und andere). Anzumerken ist, daß die Anzahl der pensionierten Mitglieder (zur Zeit 18) ständig steigt.

Organisation:

Im Verbandsjahr 1999/2000 fand ein Sprecherwechsel statt. Nachdem der bisherige 1. Sprecher Dr. F. N. Flakus (IAEA) in den Ru-

berichten, dass die Kontakte zwischen der deutschen VN-Vertretung und den Bediensteten sich intensiviert haben (es finden ungefähr vierteljährlich Zusammentreffen in der Botschaft statt), und dass die Anliegen der Kollegen bei der Vertretung ein offenes Ohr finden.

Der römische AK freut sich, daß die Jahresversammlung des VDBIO die Gelegenheit zu einem Zusammentreffen mit Kollegen aus Genf und anderen Dienstorten bietet und hofft, daß der Informationsaustausch auch für die Vertreter der Bundesregierung und anderer Institutionen interessant sein wird.

Seit den 90er Jahren müssen sich die Kollegen in Rom zudem verstärkt mit Problemen des Dienstortswchsel im Zuge der Dezentralisierung vor allem von WFP und FAO auseinandersetzen. Auch die Arbeitsplatzsicherheit ist infolge des anhaltenden Stellenabbaus nicht immer gewährleistet.

Der AK Rom veranstaltet in unregelmässigen Abständen einen Stammtisch, und ungefähr alle drei Monate gibt es ein zwangloses Zusammentreffen mit Vertretern der deutschen Botschaft in Rom.

hestand getreten war, übernahm Frau Karin Rudolph (IAEA) das Amt. Herr Dr. Flakus ist weiterhin als 2. Sprecher tätig und Frau Ingrid Moesch-Kahiluoto führt die Verwaltungsgeschäfte (Schriftführerin/Kassiererin).

Veranstaltungen:

Zwei Mittagessen im Juli 1999 und im April 2000 sowie die Organisation von zwei Sprechertagen am 12. und 13. Oktober 1999 mit Herrn Belz von der Bundesversicherungsanstalt/Zweigstelle München. Außerdem fand im Oktober 1999 ein Mittagessen anlässlich des Besuches eines Vertreters des Büros Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) statt, zu dem Botschafter Dr. Borchard

von der Deutschen Ständigen Vertretung in Wien auch acht VDBIO Mitglieder geladen hatte, die über die Situation der deutschen Bediensteten in Wien berichteten. Die Essen mit meist 35 bis 40 Teilnehmern dienen dem Erfahrungsaustausch untereinander, sind aber insbesondere Informationsmöglichkeit hinsichtlich deutscher Positionen, da Botschafter Dr. Borchard und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitskreiseinladung immer Folge leisten und bei allen Veranstaltungen teilgenommen haben.

An der April-Veranstaltung nahm als Gast Herr Dr. W. Stoeckl teil, der über seine Tätigkeit als deutscher Vertreter bei der International Civil Service Commission (ICSC) berichtete.

Themen des Arbeitskreises:

Ortspezifische Probleme am Dienort Wien gab es im Verbandsjahr nicht. Folgende Themen bestimmten die Diskussion:

(i) Mangelnde Präsenz von deutschen Bediensteten in der Leitungsebene

z.B. sind im D-2 Rang nur insgesamt 4 Deutsche; es gibt 5 deutsche D-1, einen ASG bei CTBTO und in Kürze wird ein stellvertretender General-Direktor bei der IAEO tätig sein. Während das Mittelmanagement (P-5 und P-4) mit über 50 Posten besser vertreten ist, muß man hinzufügen, daß viele dieser Bediensteten in Kürze pensioniert werden. Zahlenmäßig hat sich z.B. zum Vergleichsjahr 1997 bei

der Besetzung der Höheren Stellen bei IAEO, UNOV und UNIDO nichts geändert.

(ii) Personalpolitische Mängel deutschen Umgangs mit den Internationalen Institutionen

- Verknennung der hierarchischen Strukturen;
- mangelnde, personalpolitische Kontakte und mangelnde Unterstützung deutscher Bediensteter;

(iii) Suche nach geeigneten Maßnahmen, die zur Anhebung des Stellenwertes der bei Internationalen Organisation erworbenen beruflichen Erfahrung führen könnten;

(iv) Mangelnde Auffangmassnahmen/unzulängliche Unterstützung bei der Wiedereingliederung nach der Rückkehr nach Deutschland nach Auflösung oder Beendigung des Dienstverhältnisses (und das bei vermehrt befristeten Verträgen);

(v) Beharren auf der Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der deutschen Rentenversicherung (die Ablehnung der VDBIO Petition sollte nicht akzeptiert werden);

(vi) Beseitigung der ungleichen Behandlung von deutschen Bediensteten der IAEO bei der Ermittlung des Steuersatzes in Deutschland (Progressionsvorbehalt).

Der Arbeitskreis Wien dankt dem Verbandsvorstand in Genf für die im vergangenen Jahr geleistete wertvolle Arbeit und für Initiative und Engagement.

Karin Rudolph, Wien



Drittes Forum «Globale Fragen» in Berlin

Am 8./9. Mai d. J. fand auf Einladung des Bundesaußenministers in Berlin zum 3. Mal das 1999 gemeinsam von VN-Generalsekretär Kofi Annan und Minister Joschka Fischer gegründete „Forum Globale Fragen“ statt, diesmal mit dem Schwerpunktthema „Gleichstellung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft“.

An dem von der Heinrich-Böll-Stiftung mitgetragenen Forum nahm auch Vorstandsmitglied Hans Willmann teil. Die Konferenz war im Vorfeld der VN-Sondersammlung („Beijing-plus-5“ Mitte Juni in New York) der „Suche nach Lösungsansätzen“ in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen gewidmet. Engagierte Beiträge hochrangiger Teilnehmer aus den Reihen der VN, des Auswärtigen Amtes sowie Vertretern des öffentlichen Lebens, von Verbänden, aus der Wirtschaft und aus der Politik konzentrierten sich neben einer ‘Zwischenbilanz’ des seit Peking (1995) Erreichten - was von allen Teilnehmern einhellig als unzureichend erachtet wurde - auf die exemplarische Darstellung erfolgreicher Erfahrungen in unterschiedlichen Bereichen (Umwelt, Entwicklung und Konfliktprävention).

Neben den anderthalbtägigen Sachdiskussionen (u.a. mit Beiträgen von Bundesministerin Bergmann, Staatsminister Ludger Vollmer, ASG Angela King, der Generaldirektorin UNIFEM Noeleen Hazel) bot das von über 100 Vertretern besuchte Forum vor allem eine ideale Gelegenheit zur informellen Kontaktpflege, zum ‘networking with key players’; die auch von Interesse für den VDBIO sind. So wurde unter anderem mit dem Ausbildungsleiter des Auswärtigen Amtes, Herrn Mertens, nochmals die Idee aufgegriffen, in

den Lehrgängen der Anwärter für den Auswärtigen Dienst in Zukunft auch ein Modul über die Situation deutscher Bediensteter bei Internationalen Organisationen einzubauen, bei dem der VDBIO aktiv zur Seite stehen könnte. Mit der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, Claudia Roth, wurde die Idee besprochen, bei künftigen Besuchen des Ausschusses in Genf (und gegebenenfalls auch anderen VN-Dienstorten) Treffen mit dem VDBIO bzw. deutschen Mitarbeitern bei den jeweiligen VN-Organisationen einzuplanen. Mit Herrn Roesch vom AA (Referat VN 13) wurde die Idee eines ausgeweiteten „Spiralmodells“ erörtert, das auf Gegenseitigkeit beruht (also nicht nur deutschen Beamten eine Erfahrung in den Reihen der VN zu ermöglichen, sondern umgekehrt auch deutschen VN-Bediensteten für einen befristeten Zeitraum die Möglichkeit zu bieten, VN-interne Erfahrungen im deutschen Rahmen einbringen zu können). Frau Brigitte Adler, MdB (Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung) sprach mit mir über die für den VDBIO nur schwer nachvollziehbaren Mittelkürzungen im Programm der Beigeordneten Sachverständigen, das auf mittelfristige Sicht eine neue „Deutsche Delle“ in den VN-Organisationen schaffen wird (Frau Adler sagte zu, diese Beurteilung des VDBIO am nächsten Tag in einem Treffen direkt mit Ministerin Wieczorek-Zeul anzusprechen).

In weiteren ‘Korridorgesprächen’ (unter anderem mit Staatsminister Vollmer, Bundesministerin Bergmann, Frau Annekathrin Linck, Leiterin der Auslandsabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung, Prof. Klaus Hüfner, Präsident der deutschen UNESCO-Kommission) wurde auf die Existenz bzw. die Hauptanliegen des VDBIO hingewiesen, was durchweg auf offenes Interesse stieß.

Hans Willmann dankte Herrn Dr. Günther

been implemented for Austrian schillings at the end of February and, with a few exceptions, the agreement works there too. This confirmed that our temporary solution is meeting its objective, and we are therefore now in a position to forward you this briefing so that you can inform beneficiaries who would approach you on this issue.

During the few months' period of this temporary agreement with our bank, we are pursuing our ongoing review of banking facilities with the view to finding a possible longerterm alternative payment mode which could cope with the Fund's voluminous and

international payment needs and avoid the 10 Euro charge. At this early stage in the transition to the Euro, it is important to inform pensioners in each Euroland country to use a bank that is part of the «clearing Euro», failing which their pension would be unavoidably routed through such a «clearing Euro» bank which will levy a transit charge.

We shall naturally inform you of developments and hope to be successful in an ever-evolving international banking network which more and more enforces bank charges for each and every single action.

You may wish to share the above with beneficiaries and reassure them that the Fund is



very active on this issue.

Gilbert Ferrari,
Chief, UNJSPF Office in Geneva

Aus der Presse:

„Geschlossene Gesellschaft“

Wer sich bei internationalen Organisationen bewirbt, sucht das Abenteuer und will die Welt verändern

Von Jeanine Otto

Helmut Buss sitzt einsam in der engen Bürowabe. Hinter den grauen Stellwänden rechts und links neben ihm arbeitet niemand. Er ist der Einzige auf der ganzen Etage. Die Genfer UN-Organisationen begehen einen islamischen Feiertag, an dem dann auch Christen, Buddhisten und Hindus zu Hause bleiben dürfen. Helmut Buss genießt die Sonntagsruhe mitten in der Woche. „In den letzten zehn

Jahren gab es keinen einzigen Tag, an dem ich morgens dachte, verdammt, jetzt muss ich da schon wieder hin“, erzählt er. 1988 fing Helmut Buss beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) an. Als junger Jurist mit Schwerpunkt Völkerrecht wollte er die Welt verändern. Im Senegal bekam er genau eine Woche Zeit, sich von seinem Vorgänger erklären zu lassen, was es heißt, unter UN-Mandat zu arbeiten, dann war der weg, und Buss trug die Verantwortung. Ausgebildet hatte ihn niemand. Mit unbekanntem Situationen musste er stets allein fertig werden, egal, ob im Senegal, in Kirgystan oder in Genf. Inzwischen nennt sich Buss *Senior Officer* und gehört zu denen, die es geschafft haben, in die „geschlossene Gesellschaft“, wie die Uno von ihren eigenen Mitarbeitern genannt wird, einzudringen.

Rund vier Prozent Deutsche arbeiten bei den UN-Organisationen weltweit. Deutschland ist in fast allen UN-Bereichen unterrepräsentiert. Die Zahl der Mitarbeiter entspricht bei weitem nicht dem finanziellen Anteil von neun Prozent am Gesamtbudget der Vereinten Nationen, den Deutschland jedes Jahr pflichtbewusst an die Uno abführt. Dabei mangelt es in Deutschland weder am Bewusstsein, dass mehr internationale Kräfte langfristig herangezogen werden müssen, noch an interessierten Bewerbern. Fachkräfte mit immer besseren Qualifikationen wollen hinaus in die Welt und basteln mit speziellen Studienschwerpunkten und Praktika schon früh an der internationalen Laufbahn. Bis die Lust am internationalen Arbeitsmarkt dann nicht selten an den enormen Einstiegshürden zerbricht. Denn egal, welchen Weg jemand wählt, um in eine internationale Organisation wie UNHCR, Unicef, die Welthandelsorganisation oder das Weltpatentamt zu gelangen, als Deutscher tanzt man selten in der ersten Reihe. Das fängt mit den Stellenausschreibungen an: Wer regelmäßig den *Economist* liest, hat gute Chancen, von Vakanzen zu erfahren. In deutschen Zeitungen könnte man mehrere Jahre vergeblich blättern. Dank Internet können Deutsche nun aber genauso schnell an neue Ausschreibungen gelangen wie der Rest der Welt. Allerdings gibt es keine Seite, auf der beispielsweise sämtliche Stellenausschreibungen der Uno zusammengefasst wären. Gesucht werden muss bei jeder einzelnen Organisation, und das möglichst mehrmals täglich, um nichts zu verpassen. Mit etwas Glück stößt man auf diese Weise auch auf die Ausschreibungen für die *national competitive exams*, mit denen das UN-Sekretariat spezielle Fachkräfte aus bestimmten Nationen ansprechen will. Solche Prüfungen werden alle ein bis zwei Jahre für Deutschland ausgeschrieben, und wer dieses Selektionsverfahren übersteht, hat bessere Aussichten auf eine Stelle als jemand, der sich ohne starke Lobby im Rücken bei einer Organisation bewirbt, die seinen Namen noch nie gehört hat.

Für eine Karriere bei der Uno sollte man sich möglichst früh entscheiden. Wer älter als 32 ist, hat zumindest beim Nachwuchsprogramm der Bundesregierung für internationale Fachkräfte keine Chance. Ansonsten werden benötigt: zwei Fremdsprachen, ein exzellenter Studienabschluss, Erfahrungen in internationalen Organisationen, praktische Arbeit mit fremden Kulturen und möglichst zwei bis drei Jahre Berufserfahrung sowie Tropentauglichkeit. Rund 1000 Bewerber tummeln sich in der Kartei des Büros Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) in Bonn und warten, oft mehrere Jahre, auf den Traumjob. Zwischen 30 und 40 Beigeordnete Sachverständige oder Junior Professional Officers (JPOs), wie die Nachwuchskräfte im UN-Jargon heißen, werden pro Jahr von der Bundesregierung zusätzlich finanziert und treten für zwei, höchstens aber drei Jahre in den Dienst einer internationalen Organisation. Wer das Rennen um eine der begehrten Stellen als Beigeordneter Sachverständiger gewinnt, zieht ein in eines der monströsen UN-Gebäude in Genf, New York oder Wien, zückt jeden Morgen am Sicherheitscheck seinen Ausweis und führt ein recht gemütliches Behördenleben - oder aber er landet möglicherweise irgendwo in Beirut beim UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge oder in Benin beim UN-Entwicklungsprogramm. Welche Organisationen kostenlose Arbeitskräfte in Form von ‚BS‘ bekommen, entscheidet das BFIO in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und den anderen Bundesministerien jedes Jahr neu. Das Umweltministerium könnte sich beispielsweise besonders für Nachwuchs in der UN-Umweltorganisation Unep einsetzen. Unep formuliert daraufhin eine Stellenausschreibung, das BFIO informiert die passenden Kandidaten aus der Kartei, und diese bewerben sich dann direkt bei Unep.

Katja Weigl hat es geschafft, sie hat alle Voraussetzungen erfüllt, alle Bewerbungsprozeduren überstanden. Als Beigeordnete Sachverständige arbeitet die 28jährige Wirtschaftswissenschaftlerin in Genf bei Unctad, der

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen. Die Türme unterschiedlich hoher Papierstapel in ihrem Büro wirken noch nicht besonders international, sondern könnten auch aus jedem deutschen Finanz- oder Arbeitsamt stammen. Wie viele ihrer Kollegen versucht Katja Weigl gar nicht erst zu bestreiten, dass natürlich auch die Uno eine träge, viel zu große Behörde ist, mit langen Dienstwegen und viel Bürokratie. Aber es gibt einen Unterschied: Sobald sich Katja Weigl in die Akten vertieft, ist sie irgendwo in Afrika und Asien. Sie arbeitet an Fallstudien und Gutachten über asiatische Direktinvestitionen in fünf afrikanischen Ländern. Und sie wünscht sich, irgendwann den Genfer Schreibtisch für eine Weile verlassen zu können und selbst nach Botswana, Ghana, Mosambik zu reisen, um die Thesen, die sie jeden Tag in den Computer tippt, an der Realität zu messen.

Severin von Xylander, 34 Jahre, fliegt noch an diesem Nachmittag nach Indonesien. Die Kollegen beneiden ihn, denn ausgerechnet auf Bali wird er eine Konferenz zur Kinder- und Jugendgesundheit vorbereiten. Vor vier Jahren begann sein UN-Leben. Zuerst ging der Kinderarzt als JPO nach New York zur Weltgesundheitsorganisation (WHO), dann folgten zwei Jahre in der Zentrale in Genf. Als seine JPO-Zeit abgelaufen war, bekam Xylander einen Brief vom BFIO mit einem Merkzettel für Arbeitslose. Die Wut darüber hat sich noch nicht gelegt. Bezeichnet sei dieser Vorgang für die deutsche Haltung gegenüber internationalen Nachwuchskräften, empört er sich. Deutschland ermöglicht ihnen den Start, fühlt sich für den Weiterflug aber nicht mehr zuständig. Wer abstürzt, war eben nicht der richtige Kandidat. Xylander ist nicht abgestürzt, hat sich nicht arbeitslos gemeldet, sondern um seine Weiterbeschäftigung gekämpft. Bekommen hat er einen Elfmonatsvertrag, mit dem er in keiner Personalstatistik auftaucht und mit dem er sozial viel schlechter abgesichert ist als zuvor. Dinge, die ihn als Vater von drei Kindern nicht mehr

unberührt lassen. Im August läuft der Vertrag aus, wenn er Glück hat, bieten sie ihm den nächsten an. So hangeln sich andere Kollegen schon lange von Jahr zu Jahr - die Unsicherheit werden sie nie los dabei. „Ohne Lobby in Deutschland und extreme Unterstützung läuft hier gar nichts“, sagt Severin von Xylander. In Deutschland aber scheint niemand besonderes Interesse an seiner Weiterbeschäftigung bei der WHO zu haben, jedenfalls hat ihm das noch keiner gezeigt.

Die Uno sucht junge Leute, die sich auf Unbekanntes einlassen

„Internationale Fachkräfte aus Deutschland müssen besser koordiniert werden“, fordert Karl Flittner, Generalkonsul bei der deutschen Vertretung in Genf. Die Fachreferate der verschiedenen Ministerien würden sich vor allem für Kandidaten einsetzen, die ihren Interessen entsprechen. Meist seien das Seiteneinsteiger, die in Deutschland Karriere gemacht, sich auf internationalem Terrain aber kaum bewegt haben. „Die systematische Förderung von Nachwuchs muss wichtiger sein als die punktuelle Förderung von Seiteneinsteigern, auch wenn diese genauso notwendig ist. Ansonsten wird aber von unten nichts nachwachsen.“ Nirgends ließe sich dabei besser ansetzen als bei den jungen Beigeordneten Sachverständigen, für die Deutschland allein 1999 17,3 Millionen Mark investierte. In diesem Jahr werden für circa 30 JPO-Stellen rund 15,4 Millionen Mark ausgegeben. Andere Nationen verwandeln die zusätzlichen, freiwilligen Dienste in klare Personalforderungen. JPO's ja, aber nur, wenn sie danach auch übernommen werden - fordern beispielsweise die Amerikaner. Deutschland hält sich in diesen Fragen meist bescheiden zurück.

Birgitta Siefker-Eberle, Koordinatorin für internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt, bestreitet das. „Auch wir haben ein Interesse daran, dass unsere Beigeordneten Sachverständigen übernommen werden“, sagt sie. 1999 habe es eine Übernahmequote von

59 Prozent gegeben. Die Übernahmepolitik der Organisationen sei neben der Qualität der Ausbildung und dem deutschen Personalanteil ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung, wohin die Beigeordneten Sachverständigen geschickt werden. Finanzieller Druck werde allerdings nicht ausgeübt. „Hier gilt es, gerade auch die Belange von Dritte-Welt-Ländern zu berücksichtigen, die nicht die Möglichkeiten haben, auf diese Weise internationalen Nachwuchs zu fördern“, sagt Birgitta Siefker-Eberle.

Helmut Buss, 42 Jahre, müssten die Personalsorgen der anderen nicht mehr quälen. Sein Vertrag beim UN-Flüchtlingshilfswerk ist inzwischen unbefristet - aber das hat er allein dem eigenen Engagement, der eigenen Durchsetzungskraft zu verdanken. Er glaubt nicht, dass im Auswärtigen Amt jemand wirklich weiß, was er in den letzten zehn Jahren getan hat, wo seine Stärken liegen und welche Potenziale er noch zu bieten hätte, für andere Positionen zum Beispiel. Eine „verfehlte Nachwuchspolitik“ müsse sich aber nicht nur Deutschland, sondern auch die Uno selbst vorwerfen lassen, sagt er. Das Durchschnittsalter beim UNHCR liege inzwischen bei 40 Jahren. Buss findet das zu alt für eine Organisation, die junge, engagierte Leute braucht, die bereit sind, sich auf völlig unbekannte Situationen einzulassen, Lebenspartner und Kinder zurückzulassen und jahrelang in Gebieten zu arbeiten, wohin andere Staaten nicht mal mehr ihr Militär schicken und in denen UNHCR nur noch „Ausputzerjobs“ übernimmt. Die Uno müsse sich endlich klar werden, was sie ihren Leuten abverlangt und was sie ihnen im Gegenzug bietet. Unter den UNHCR-Mitarbeitern gibt es die höchste Schei-

dungsrate innerhalb der UN-Organisationen, aber darauf habe bisher niemand Rücksicht genommen, sagt Buss. „*Tough*“ muss einer sein, der den Job machen will, dann würde er alles andere schon wegstecken. „Die Organisation darf nicht derart mit dem Enthusiasmus, der Motivation ihrer Mitarbeiter spielen.“ Und Deutschland müsse engagierter sein, wenn es um die Rückkehr internationaler Kräfte geht. „Im Moment ist es eher ein Nachteil, zehn Jahre bei der Uno gearbeitet zu haben. Ich würde in Deutschland noch mal ganz unten anfangen“, sagt der Jurist.

Vor zehn Jahren waren Buss solche Gedankenspiele fremd. Was er suchte, waren Abenteuer und Herausforderung. Und so geht es noch heute den meisten JPOs, wenn sie zur Uno kommen. Zwar nennt sie in Deutschland niemand „Elite“, aber sie wissen sehr genau, dass sie Besonderes geleistet haben. Engagiert stürzen sie sich in die Arbeit. Der Ärger um Quotierungen, Lobbyismus, interne Widerstände beginnt erst viel später. Oder sie haben das Glück, einer Organisation wie der Welthandelsorganisation (WTO) anzugehören, die wesentlich behutsamer mit ihrem Nachwuchs umgeht. Christiane Wolff, 28 Jahre, kam direkt vom Studium, ohne Berufserfahrung, über eine öffentliche Ausschreibung zur WTO. Ihr Vertrag ist auf zwei Jahre befristet. Wenn sie in dieser Zeit „nicht gerade einen internationalen Handelskrieg vom Zaun bricht“, hat sie gute Chancen, übernommen zu werden und irgendwann internationale Beamtin zu sein. Ob sie das überhaupt möchte, hat sie noch nicht entschieden. Wenn die Agrarwissenschaftlerin mehrmals am Tag mit Thailand, den Philippinen oder Bolivien telefoniert, hört, wie fremd so manche WTO-Richtlinie für diese Länder ist, bekommt sie manchmal große Lust, die politische Bühne zu verlassen und die reiche Stadt am See ge-

gen ein winziges Dorf, ein Entwicklunghilfeprojekt irgendwo in Asien oder Lateinamerika einzutauschen.

„Die Zeit“, 13. April 2000

Lücken im Mittelbau

Deutschland ist in den internationalen Organisationen unterrepräsentiert. Jetzt soll der Nachwuchs systematisch gefördert werden
Von Dieter Buhl

Das E-Wort, lange aus dem deutschen Sprachschatz verbannt, geht plötzlich wieder leichter über die Lippen: Elite. Ein überfälliger, wenn auch nicht völlig neuer Trend. Im Sport als Auslese unausgesprochen ja stets als erwünscht, und sie wurde entsprechend gefördert. Auch die Wirtschaft bekennt sich zur Suche nach den Besten. Selbst für die paritätisch bestimmte Wissenschaft gehört Begabtenförderung nicht länger zu den Tabus. Nur bei der Handhabe von politischer Macht und Verantwortung werden elitäre Anwendungen tunlichst vermieden. Dieses Manko führt in der Innenpolitik permanent zur Klage. Jetzt ist es auch in der äußeren Präsenz Deutschlands als Problem entdeckt worden.

Das hat mit seinen Peinlichkeiten der Fall Koch-Weser bewirkt. Die ersten Reaktionen auf die Schlappe entsprachen noch den gewohnten Reflexen: Wenn einem fähigen und erfahrenen Deutschen die Führungsposition im Internationalen Währungsfonds verwehrt wird, kann das nur am mangelnden Verhandlungsgeschick der Bundesregierung liegen. Nach einer Denkpause jedoch drängt sich eine ernstere Sorge auf. Verfügt dieses Land über genügend herausragendes Personal, um wich-

tige Positionen in supranationalen Institutionen zu besetzen? Ist Deutschland seiner Größe wie seinen Interessen entsprechend in den Organisationen repräsentiert, die das Schicksal Europas und der Welt mitbestimmen? Die Fragen stellen sich heute nicht nur dem Berliner Kabinett, sie müssten alle beschäftigen, die sich um Ansehen und Einfluss der Republik sorgen.

Die Rückschau mag vor vorauseilender Melancholie bewahren. So schlecht war bisher Bonn draußen nicht vertreten. Mit Männern wie Walter Hallstein (EG), Rüdiger von Weichmar und Karl-Theodor Paschke (Uno) Wolf Graf v. Baudissin und Klaus Naumann (Nato) ließ sich durchaus Staat machen. Die DDR hatte es da weitaus schwerer. Weil der Kommunismus persönliche Profilierung letztlich allein den Staats- und Parteichefs vorbehielt, blieben für seine Repräsentanten im Supranationalen meist nur Grauwerte.

Auch das vereinigte Deutschland kann ein paar Spitzenbesetzungen aufweisen. Es schneidet mit dem UN-Umweltchef Klaus Töpfer, dem bisherigen Oberbefehlshaber der Kfor, Klaus Reinhardt, und dem Leiter des Internationalen Währungsfonds, Klaus Köhler, so schlecht nicht ab. Doch wenn selbst ausländische Freunde die Deutschen unter Hinweis auf ihre hohen Finanzbeiträge zu selbstbewussterem Zugriff auf internationale Posten ermuntern, scheint etwas im Argen zu sein. Schläft Berlin? Das wäre fatal, denn die Globalisierung gibt Anlass genug zur Aufmerksamkeit. Wo die nationalen Gestaltungskräfte ständig schwinden, wächst die Bedeutung der grenzüberschreitenden Instanzen. Dort mitzuwirken ist das Gebot der Stunde.

Ist Großzügigkeit das Motiv für die Berliner Bescheidenheit?

Wer die Angelegenheit missversteht, kämpft um die höchsten Ränge bei den supranationalen Organisationen. Die Kohl-Regierung war dafür bekannt. Sie vernachlässigte den Unter- und Mittelbau der Bürokratien. Dort aber werden Entwicklungen eingeleitet, Kompromisse ausgekungelt und letztlich Handlungen bestimmt. Die operative Macht liegt gerade bei den überstaatlichen Institutionen in den Stockwerken unterhalb der Beletage. Und die Deutschen sind dort, wo auch die Führungsreserve heranwächst, schwach vertreten.

Das Defizit offenbart sich beispielsweise in Brüssel. Das Land mit den meisten Menschen, der stärksten Wirtschaft und den größten Nettobeiträgen rangiert bei den Beamten der höheren der Europäischen Union unter „ferner liefen“. (...) Ein ähnliches Missverhältnis lässt sich in der Uno und ihren Unterorganisationen, in der Weltbank und im IWF belegen. So finanziert die Bundesregierung rund 13 Prozent des Budgets der Unesco, schickt aber nur 3,5 Prozent der Beamten nach Paris.

Großzügigkeit könnte ein Motiv der Berliner Bescheidenheit sein. Lässt doch die anderen, oft ärmeren Länder die Posten besetzen. Auch die Scheu vor Anspruchsdenken wäre plausibel; die jüngere deutsche Geschichte mahnt schließlich zur Zurückhaltung. In Wirklichkeit aber stehen dabei weniger sentimentale Gründe Pate. Sie stellen der politischen Konkurrenzfähigkeit dieses Lande kein gutes Zeugnis aus und offenbaren strukturelle Schwächen, die wir auch in anderen Bereichen beklagen.

(...)

- Das Alter macht fast allen deutschen Bewerbern für internationale Posten zu schaffen. Nicht nur ist der hiesige Bildungsweg länger als in den meisten anderen Ländern, er schließt auch praktische Erfahrung in der

Regel an. Der Aufstieg in den hierarchischen Ebenen der bundesrepublikanischen Administrationen braucht ebenfalls seine Zeit. Unsere Kandidaten mit Grauschimmer in den Haaren haben es deshalb oft schwer, sich bei Bewerbungen gegen die jüngere, meist alltagserprobte und berufserfahrene Konkurrenz durchzusetzen. Die hat bei Prüfungen womöglich noch den Vorteil, das Diplomatenediom Englisch oder Französisch als Muttersprache zu beherrschen.

- Probleme der Wiedereingliederung wirken ebenfalls als Bremse. Einmal Ausland, nie wieder Karriere zu Hause? Nationale und internationale Laufbahnen greifen oft nicht passgenau ineinander. Weder die Verwaltung noch ihr einschlägiges Laufbahnrecht honorieren Erfahrungen jenseits der Grenzen. Außerdem „mögen wir Deutsche es gemütlich“ (Norbert Walter). Dass die elitären Aufgaben draußen, frei nach Arnold Gehlen, mit Askese verbunden sein können, schreckt ab. In der Heimat wird meistens ohnehin besser bezahlt; auch die soziale Absicherung ist besser. Allein deutsche Studenten zieht es zuhause in die Fremde. „Aber die besten bleiben dort“, beklagt BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, „weil sie bei uns Bevormundung und hohe Steuern fürchten.“

Ganz so abschreckend ist die Bundesrepublik gewiss nicht. Doch es besteht kein Zweifel, „dass über Dekaden viele Talente zu Hause geblieben sind“ (Norbert Walter). Die Absenz hat Folgen. Manche deutschen Interessen bleiben unberücksichtigt; ohnehin sind die Vertreter der Bundesrepublik in Brüssel dafür bekannt, dass sie meist „europäischer“ agieren als die Kollegen aus anderen Mitgliedsländern. In der EU fehlen dem hiesigen Mittelstand die deutschsprachenden, mit ihren Problemen vertrauten Beamten der zweiten und dritten Garnitur. (...)

Armes Deutschland mit seinen Massenuniver-

sitäten. Ihnen gebricht es nicht nur an Status, sondern auch an Lehrprogrammen für künftige Internationalisten. Seine politische Stabilität wirkt sich für Deutschland ebenfalls zum Nachteil aus. So wurde bei Koch-Wesers Scheitern naserümpfend vermerkt, er sei ja noch nicht einmal Minister gewesen. Wie sollte er auch, wenn unsere Kabinette schier ewig halten. Italien hat es da weitaus leichter. 57 Regierungen seit Kriegsende sorgen für ausreichend Epaulettenträger. Frankreich schafft durch Fluktuation an der Spitze eine hochrangige Führungsreserve. Amerika wiederum verfügt wegen der häufigen Rotation zwischen Politik und Wirtschaft über ein ansehnliches Heer möglicher Spitzenkandidaten.

Solange der amerikanische Maßstab in Weltpolitik und Wirtschaft gilt, brauchen sie nicht einmal zu glänzen. Umso mehr müssen sich die anstrengen, die nicht der angelsächsischen Welt angehören. Wer kein sehr gutes Englisch spricht, ist deshalb auf dem supranationalen Plateau (zunehmend auch in Brüssel) schon verloren. Mit dem Schliff von Oxford oder Harvard lässt sich ebenfalls nur schwer konkurrieren.

Der deutsche Engpass in Sachen Weltläufigkeit ist immerhin erkannt. Dafür spricht der *Stuttgarter Appell*, der unter der Federführung der Robert Bosch Stiftung „für mehr Internationalität in Bildung, Ausbildung und Personalpolitik“ plädiert. Das gleiche Ziel strebt die Adenauer-Stiftung an. Ihre Studie über die nationalen Quoten in der Brüsseler EU-Verwaltung hat vielen die Augen geöffnet. Wenn Provinzialität nicht zur Politik und Abwesenheit von der supranationalen Szene nicht zur Regel werden sollen, muss etwas geschehen.

In diesem Sinne hat das Auswärtige Amt die

Initiative ergriffen. Es will Begabte langfristig fördern und sie für die Aufnahmeprüfungen in die überstaatlichen Verwaltungen trainieren. Gleichzeitig soll das „Spiralmodell“ des Auswärtigen Amts junge Beamte zum Gang nach draußen ermuntern. Wer zur EU nach Brüssel oder zur Uno nach New York geht, wird nach der Rückkehr höher eingestuft. Jeder Gang in die Fremde soll sich lohnen.

Als Katalysator für vorausschauende Personalpolitik dient die so genannte Steinmeier-Runde, die vom Auswärtigen Amt ausdrücklich gelobt wird. Staatssekretäre aus verschiedenen Ministerien treffen sich regelmäßig im Kanzleramt zu Strategierunden zur Talentsuche. Ob die Arbeit später einmal in die geforderte Personalreserve des Bundes für internationale Aufgaben führt, scheint indes fraglich. So lange Länder- wie Bundesministerien derart knapp besetzt sind wie heute, werden Mitarbeiter keine Gelegenheit zu vorbereitenden Praktika in europäischen Institutionen erhalten.

Wichtiger als alle Fördermaßnahmen ist ohnehin ein Wandel der Mentalität. Die Deutschen sind Reiseweltmeister, und besonders junge Menschen tragen zu diesem Rekord bei. Nichtregierungsorganisationen mit exotischen Aufgaben können sich über fehlenden Nachwuchs aus Deutschland nicht beklagen. Längerfristige Verpflichtungen in multinationalen Behörden jedoch scheinen Anathema zu sein; schon gar für hoch bezahlte Nachwuchskräfte aus der Wirtschaft. Nestwärme wiegt schwerer als Neugier auf das Fremde, die heimische Bürokratie wirkt bequemer als die internationale.

Patriotischer Eifer schließlich fällt als Beweggrund für Bewerbungen im Ausland weitgehend aus. Dem eigenen Land international zu dienen scheint nicht in Mode zu sein. Nur zag-

haft mag man deshalb Richard Rorty zitieren. Der amerikanische Philosoph glaubt, nationaler Stolz sei für Länder, was Selbstrespekt für Individuen ist: „eine notwendige Voraussetzung zur eigenen Besserung“. Sollte das Wort auch für Deutschlands Probleme bei der supranationalen Präsenz gelten, wäre Abhilfe so bald nicht in Sicht. Personalpolitik allein jedenfalls könnte das Defizit nicht begleichen.

DIE ZEIT, 19. April 2000

Das lässt den besten Fachmann versauern Arbeit in internationalen Organisationen:

**Hohe Belastung, befristete
Verträge, kaum
Aufstiegsmöglichkeiten
Von Hans-Martin Barthold**

Xenia Scheil-Adlung und Peter J. Gowin verdienen ihr Geld bei den Vereinten Nationen (UN). Beide sind - wie ein Drittel der 67 000 dort regelmäßig beschäftigten Mitarbeiter - bei einer Sonderorganisation tätig: sie bei der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) in Genf, er bei der Internationalen Atom-Energie-Agentur (IAEA) in Wien. Die Wirtschaftswissenschaftlerin und der Physiker, beide promoviert, empfinden ihre Arbeit beruflich wie persönlich als große Herausforderung. Einen Arbeitgeber mit noch größerer Internationalität gebe es schließlich nicht, sagen sie. Tatsächlich kommen die Kollegen der beiden aus mehr als 170 Staaten, arbeiten in 185 Ländern, 500 Dienstorten und mehr als 200 verschiedenen Berufen.

„Besonders die Sonderorganisationen“, erklärt der Personalchef der IAEA, Dieter Göthel, „bedürfen hochkarätiger Fachleute mit erheblicher Berufserfahrung.“ Scheil-Adlung war zuvor im Bundesarbeitsministerium tätig., Gowin bei dem Energieversorger

Baden-Württemberg. Berufsanfänger dagegen werden an die Vereinten Nationen selbst sowie deren angegliederte Hilfswerke, Programme und Fonds verwiesen. Diese rekrutieren - anders als die Sonderorganisationen, die ihre Stellen international ausschreiben - ihren Nachwuchs über nationale Auswahlwettbewerbe.

Neben überdurchschnittlichen fachlichen Qualifikationen und insbesondere analytischen Fähigkeiten sind bei einem Arbeitgeber wie den Vereinten Nationen natürlich Fremdsprachenkenntnisse von allergrößter Wichtigkeit. „Ich muss täglich in einer fremden Sprache denken und darin komplexe Sachverhalte exakt und diplomatisch formulieren“, sagt Scheil-Adlung. Auch Gowin - er spricht Englisch, Französisch, Spanisch und Ungarisch - geht es nicht anders.

Freilich ist die fremdsprachliche Kompetenz nur das Handwerkszeug; zentraler Punkt der Berufstätigkeit ist die Kommunikation. In der Programmplanung, im Projektmanagement und in der Präsentation der Arbeitsergebnisse müsse man sich permanent mit den Beteiligten abstimmen, berichtet Gowin. Dazu benötige man viel Einfühlungsvermögen und Toleranz sowie Verständnis für fremde Kulturen, unterschiedliche Denkansätze und individuelle Arbeitsweisen, sagt Scheil-Adlung.

Die Außenkontakte, in denen die UN-Mitarbeiter bisweilen hochrangigen örtlichen Regierungsvertretern gegenüberstehen, erfordern viele Dienstreisen, nicht selten bis in die entlegensten Winkel der Welt. Oft beginnen sie deswegen schon am Samstag und enden erst eine Woche später am Sonntag. Freizeit-

ausgleich gibt es dafür nicht. Schon am Montag ruft wieder der Alltag im Büro.

Da gilt es dann wieder, die Post - die meisten Kontakte erfolgen wegen der Zeitverschiebung per E-Mail - zu sichten, Meetings und Konferenzen vorzubereiten, Delegationen zu betreuen, Literatur auszuwerten, wissenschaftliche Publikationen zu erstellen. Das alles steht vielfach unter erheblichem Termindruck und bedarf überdurchschnittlicher politischer Sensibilität. Schließlich erwarte jedes Land die angemessene Berücksichtigung seiner Interessen, sagt Scheil-Adlung und weist damit auf eine der wichtigsten Anforderungen ihrer Tätigkeit als Programmleiterin hin. Die ähnelt somit sehr der in einem Ministerium. Allerdings mit einem gravierenden Unterschied. Scheil-Adlung: „Die Entscheidungsprozesse sind vielschichtiger und daher auf den ersten Blick weniger geradlinig.“ Gowin hat gegenüber seiner Berufstätigkeit in der Wirtschaft noch eine andere Erfahrung gemacht: „Etwas gegen Widerstände durchzuboxen, führt hier eher selten zum Ziel. Erwartet wird statt dessen Konsensfähigkeit.“ Folglich ist der Abstimmungsaufwand enorm und der Prozess nicht selten langwierig. So wird aus dem Physiker Gowin vor allem ein Organisator.

„Bei aller Flexibilität“, analysiert Dieter Göthel, „sind fachliche Souveränität, Stehvermögen, emotionale Stabilität sowie das Vermögen zur Selbstmotivation unverzichtbare Persönlichkeitsmerkmale.“ Göthel, seit vielen Jahren im Personalgeschäft der Vereinten Nationen tätig, weiß, wovon er spricht. Internationale Organisationen zeichnen sich durch flache Hierarchien aus, die Aufgaben sind fast immer interdisziplinärer Natur. Ein Mittelbau fehlt vollständig. Außer der Fachebene (Professional category) gibt es nur noch die Führungsebene (higher category) sowie die Ebene der Bürofachtechnik (General Service category).

„Ich muss die Themen Renten-, Kranken- und

Arbeitslosenversicherung in ihren spezifischen nationalen Rahmenbedingungen als neutraler Außenstehender unvoreingenommen, pragmatisch und ohne Besserwisserei erfassen“, schildert Scheil-Adlung ihren Auftrag. Studenten könnten sich durch das Studium international vergleichbarer Studien bereits frühzeitig darauf vorbereiten, durch die Wahl der Themen von Diplomarbeit und Dissertation ihre Einstellungschancen erhöhen.

Freilich tun diejenigen, die an einer Beschäftigung bei den Vereinten Nationen interessiert sind, gut daran, die Arbeitsbedingungen dort so zu sehen, wie sie sind. Das Lebenszeitprinzip gilt schon lange nicht mehr. Befristete Verträge dominieren. Vor allem die Sonderorganisationen bedürfen eines ständigen Zustroms frischen Blutes, um auf dem neuesten Stand der Entwicklung zu bleiben. „Eine Karriereplanung ist unter diesen Umständen kaum möglich“, stellt Gowin nüchtern fest. Seine Vertragsverlängerungen erfolgen jeweils nur um ein Jahr.

Lukrative Stellen würden in der Regel mit Bewerbern von außen besetzt, ein Aufstieg innerhalb der Organisation sei deshalb die seltene Ausnahme. Anders als in Deutschland wähle man Bewerber weniger nach ihrem Entwicklungspotenzial aus, sondern danach, inwieweit ihr Qualifikationsprofil sich mit dem der Stellenausschreibung deckt. So sucht man nicht etwa nur irgendeinen Bankkaufmann, sondern einen Bankfachmann mit Spezialisierung im Kreditgeschäft mit Kleinbauern.

„Lässt die Organisation den Vertrag auslaufen“, sagt Göthel, „steht dem Mitarbeiter nicht einmal eine Abfindung oder Kündigungsschädigung zu.“ Bei der permanenten Finanznot der Vereinten Nationen, auch bei Krankheit des Beschäftigten, wird das oft genug bittere Realität. Auch die Bezahlung ist wenig attraktiv. Hier haben die Europäische Union, die Weltbank oder die OECD deutlich mehr zu bieten. Unter solchen Bedingungen gut qualifizierte Fachkräfte, besonders aus

den Industrieländern, an sich binden zu können, fällt Personalchefs wie Dieter Göthel zunehmend schwerer. Die Arbeitsbelastung, die die Newcomer erwartet, ist hoch. Denn trotz des häufigen Personalwechsels, oft genug ohne Übergänge, müssen die Programme weiterlaufen. Die Mitarbeiter müssen lernen, damit zu leben. Viele empfinden das als wenig angenehm.

Für Leute am Anfang ihrer Karriere wie Peter J. Gowin vermag die Beschäftigung in ei-

ner Organisation wie der IAEA dennoch ein profitabler Karrierebaustein zu sein. „Ich habe hier viele Kontakte mit Entscheidungsträgern aus der Energie- und Wasserwirtschaft“, erzählt Gowin. Diese weltumspannenden Kontakte könne man überall mit hinnehmen. Auch die Erfahrungen im internationalen Projektmanagement, die Einblicke in Zukunftsregionen und -märkte seien schließlich ein wichtiger Kompetenzzugewinn. Freilich weiß er, dass er nicht zu lange in Wien bleiben darf, wenn er seine Rückkehrchancen nach Deutschland nicht schmälern will. Vor allem Verweildauer in einer Non-Profit-Organisation ungünstig bewertet werden.

Zurückhaltend beurteilt Xenia Scheil-Adlung die Fortsetzung ihrer Berufstätigkeit im deutschen öffentlichen Dienst. Von Kollegen weiß sie, dass es da trotz anders lautender offizieller Verlautbarungen in der Regel heißt, sich wieder hinten anstellen zu müssen. In vielen anderen Ländern, Frankreich und Großbritannien zum Beispiel, sagt sie, sei es genau umgekehrt.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung,
22. 4. 2000**

ner Organisation wie der IAEA dennoch ein profitabler Karrierebaustein zu sein. „Ich habe hier viele Kontakte mit Entscheidungsträgern aus der Energie- und Wasserwirtschaft“, erzählt Gowin. Diese weltumspannenden Kontakte könne man überall mit hinnehmen. Auch die Erfahrungen im internationalen Projektmanagement, die Einblicke in Zukunftsregionen und -märkte seien schließlich ein wichtiger Kompetenzzugewinn. Freilich weiß er, dass er nicht zu lange in Wien bleiben darf, wenn er seine Rückkehrchancen nach

Deutschland nicht schmälern will. Vor allem Verweildauer in einer Non-Profit-Organisation ungünstig bewertet werden.

Deutscher weiter in UN-Kontrollorgan

Die UN-Generalversammlung hat vier Mitglieder der „Gemeinsamen Inspektionsgruppe“ (Joint Inspection Unit) neu bestimmt. Der deutsche Völkerrechtler Wolfgang Münch wurde für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Er hat den Posten mit Sitz in Genf seit 1996 inne. Das jetzige Votum ist bemerkenswert, weil ihm vor einiger Zeit eine Kampf abstimmung vorausging, bei der die Vereinigten Staaten unterlegen waren. Nach Deutschland und Österreich erhielten sie nur die dritthöchste Stimmzahl, konnten sich mit ihrer



Bewerbung für dieses wichtige Gremium nicht durchsetzen, weil der westlichen Gruppe nur zwei Posten zustanden. Die Abwahl wurde seinerzeit als Reaktion auf die unfreundliche Haltung Washington gegenüber den UN gewertet. Gegründet wurde die „Gemeinsame Inspektionsgruppe“ im Jahr 1968. Sie besteht aus elf Mitgliedern und prüft das Finanzgebaren der Vereinten Nationen und ihrer Gliederungen. Der 49 Jahre alte Jurist Münch arbeitete zuvor im

Bundesfinanzministerium. Außerdem war er einige Jahre lang an die deutsche UN-Vertretung in New York abgeordnet.

FAZ, 12.5.2000

Leserbrief:

Wenn Beamte nach Jahren im Ausland zurückkehren

Seit einiger Zeit verfolge ich Ihre Berichte über die Situation deutscher Bediensteter in

internationalen Organisationen, vor allem im System der Vereinten Nationen, zuletzt den Beitrag von Hans-Martin Barthold „Das lässt den besten Fachmann versauern“ (F.A.Z., „Beruf und Chance“ vom 22. April). Der Feststellung mangelhafter Unterstützung von Deutschen durch die Bundesregierung bei der Bewerbung - sieht man einmal von dem Engagement bei der Besetzung einzelner Chefposten ab -, während einer internationalen Tätigkeit und nach einer Rückkehr kann ich nur zustimmen.

Zwei Punkte bedürfen weiterer Vertiefung: Zum einen die vertragliche Ausgestaltung einer Tätigkeit. Das ursprünglich bei den Vereinten Nationen gültige Prinzip, dass Inhabern von im ordentlichen Haushalt der Organisation ausgewiesenen Planstellen („regular budget posts“) nach einer erfolgreich absolvierten Probezeit grundsätzlich mehrjährige Verträge von - anfangs - zwei- bis fünfjähriger Laufzeit angeboten werden und danach unbefristete Verträge („permanent contracts“) bis zur Pensionierung, wird im Hinblick auf die katastrophale Finanzlage der Vereinten Nationen immer restriktiver gehandhabt; einjährige Verträge werden immer mehr zum Regelfall.

Noch viel kritischer ist die vertragliche Lage Bediensteter, die auf dem weiten Feld der technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern tätig sind. Ihre Verträge werden grundsätzlich nicht aus dem ordentlichen Haushalt finanziert, sondern aus extra-budgetären Programm- oder Projektmitteln. Diese Mittel werden freiwillig und aufgrund besonderer vertraglicher Vereinbarungen von Regierungen von Geberländern bereitgestellt, die an solcher multilateraler Entwicklungsarbeit interessiert sind. Das sind meist kleinere Industriestaaten, die - anteilig an ihrem Entwicklungshaushalt - weniger bilaterale und dafür mehr multilaterale Zusammenarbeit finanzieren.

Gemeinsam mit anderen großen Industriestaat-

ten beteiligt sich die Bundesregierung nur mit recht bescheidenen Beiträgen an der multilateralen Zusammenarbeit, und selbst diese Beiträge wurden in den beiden letzten Jahren drastisch gekürzt. Wen soll es da wundern, wenn deutsche Spezialisten, aber auch Berufsanfänger eher geringere Anstellungschancen gegenüber Bewerbern aus Staaten haben, die größere Beiträge für die multilaterale Zusammenarbeit leisten? Die Verträge der Programm- oder Projektleiter können von der Organisation nur für die Dauer von - maximal - einem Jahr angeboten werden, selbst wenn eine Regierung sich verpflichtet, das Programm oder Projekt für mehrere Jahre zu finanzieren; die Beiträge für das jeweils laufende Jahr werden nämlich nur auf jährlicher Basis vertraglich zugesagt und ausbezahlt. Noch komplexer ist die Lage, wenn das Programm aus einer Vielzahl von Einzelprojekten zusammengesetzt ist, die ihrerseits, weil von mehreren Regierungen finanziert, unterschiedliche Laufzeiten haben.

Schließlich die Situation früherer Bediensteter der Vereinten Nationen nach einer Rückkehr nach Deutschland, wenn der Vertrag wegen fehlender Finanzmittel nicht verlängert wurde. Jahrelange Befragungen von Rückkehrern durch den Verband deutscher Bediensteter bei internationalen Organisationen (VD-BIO) bestätigen, dass Rückkehrer - wie auch in dem oben genannten Artikel erwähnt - nur geringe Aussichten auf eine Anstellung in der Wirtschaft haben, wenn sie länger als vier oder fünf Jahre international tätig waren. Auch der öffentliche Dienst schätzt eine internationale Tätigkeit eher gering ein; wenn auch die Verpflichtung besteht, die „im dienstlichen Interesse“ auf einer so genannten Leerstelle beurlaubten Beamten wieder in den Dienst zurückzunehmen, so muss man sich im Regelfall, wie es im genannten Artikel so schön heißt, „wieder hinten anstellen“.

Die nach den Bestimmungen für beurlaubte Beamte möglichen Beförderungen auf Leerstellen werden bei einer Beurlaubung für den

internationalen Dienst nur restriktiv gehandhabt, zumindest, wenn es um Referatsleiterstellen geht. Als ich nach fünfzehnjähriger Beurlaubung und zwanzig Jahre nach meiner letzten Beförderung im Dienste des Ministeriums, das mich ursprünglich eingestellt hatte, die Aussichten für eine Leerstellenbeförderung sondierte, wurde mir bedeutet, dass eine Beförderung untunlich erscheine; dies im Hinblick auf die unsicheren Aussichten der Verlängerung meiner Arbeitsverträge bei der internationalen Organisation. Es bestünde „ein

Restrisiko“, dass ich „vorzeitig“, das heißt vor der regulären Pensionierung im Dienst der Vereinten Nationen, in das Ministerium zurückkehren würde. Als ich dann tatsächlich nach 18 Jahren im internationalen Dienst „vorzeitig“ zurückkehrte, eröffnete mir der für Personalfragen zuständige Abteilungsleiter, ich könne keine weitere Karriereentwicklung erwarten: Ich hätte meine „Loyalität so lange anderswohin geschuldet“. So weit zum Interesse zumindest von Teilen des öffentlichen Dienstes an Rückkehrern.

Dennoch: Ich bedauere nicht, 18 Berufsjahre der internationalen Zusammenarbeit gewid-



met zu haben, denn sie bietet tatsächlich die im Artikel dargestellten Herausforderungen und ermöglicht es dem einzelnen, einen Beitrag zur Zusammenarbeit zwischen Völkern und Kulturen zu leisten. Deutsche Berufsanfänger, aber auch erfahrene Spezialisten sollten sich dennoch angesichts der möglicherweise sehr ungewissen Entwicklung ihrer Arbeitsverträge überlegen, ob sie das damit verbundene Risiko einer späteren Beschäftigungslosigkeit eingehen wollen. Auf eine Unterstützung durch die Bundesregierung sollten sie im Regelfall nicht hoffen.

Dr. Gerd Langer, Berlin

VDBIO-VORSTAND

Vorsitzender:

Klaus Haftendorn (ILO)

Tel./Fax +41.22.799.64.73; E-mail: haftendorn@ilo.org
Postanschrift: VDBIO, Postf. 254, CH-1211 Genf 19

Stellvertretende Vorsitzende:

Hans Willmann (UNHCR)

Tel. +41.22.739.79.96; E-mail: willmann@unhcr.ch
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Reiner Schmidt (CERN)

Tel. +41.22.767.15.26; E-mail: reiner.schmidt@cern.ch
Postanschrift: VDBIO (s.oben)

Schriftführerin:

Ilona Jürgens Genevois (UNDP)

Tel. +41.22.917.8287, Fax +41.22.917.8001
E-mail lona.jürgens.genevois@undp.org
Postanschrift: VDBIO (s.oben)

Schatzmeisterin: **Eva Schumm** (WIPO)
Tel. +41/22/338.93.93; E-mail: eva.schumm@wipo.int
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Sprecher der Arbeitskreise: s. separate Liste

Technische Beisitzer: **Busso Bartels**
33, rue St. Victor, 1227 Carouge/GE
Tel. +41.22.342.95.91;
E-mail: bdbartels@compuserve.com
Helmut Creutz, Tel. +41/22/734.03.54
8, rue de Vermont, CH-1202 Genf

K. Michael Finger (WTO, R. 2023)
Tel. +41.22.739.51.45; E-mail: michael.finger@wto.org
Postanschrift: VDBIO (s.oben)

Dr. Andreas Jesse (ILO, Room M3-22)
Tel. +41/22/799.86.28; E-mail: jesse@ilo.org
Postanschrift: VDBIO (s. oben)

Kathrin Lartey (WHO)
Tel. +41.22.791.29.64; E-mail:larteyk@who.ch
Postanschrift: VDBIO (s.oben)

Dr. Hans Friedrich v. Rohland (ILO, Room 1-105)
Tel. +41/22/799.79.16, Fax: +41.22/798.85.77
E-mail: rohland@ilo.org

Postanschrift: VDBIO (s. oben)



Verbandssekretariat: **Barbara Matzner**
Tel./Fax +41/22/788.64.77,
E-mail: vdbio@compuserve.com
Postanschrift:
VDBIO, Postfach 254, CH-1211 Genf 19

Sprecher der örtlichen Arbeitskreise **(Kontaktadressen):**

Bangkok **Dr. Doris von Werner**
FAO/RAPA, Maliwan Mansion, 39 Phra Athit Road,

10200 Bangkok, Thailand
Tel. +662.281.78.44; Fax +662.280.0445;
@mail: doris.vonwerner@field.fao.org

Stellvertreter:

Dr. Ralph D. Wahnschafft

ESCAP, UN Building, Rajadamnern Avenue, Bangkok 10200, Thailand
Tel. +662.288.1544; Fax +662.288.1010;
@mail: wahnschafft.unescap@un.org

Berlin

Martin Vogt

Otto-Nagel-Str. 5, D-14467 Potsdam, Tel.+49.331.3317, Fax +49.331.3318,
@mail: mhvogt@t-online.de

Bonn

Dr. Manfred Kulesa

Fürstenbergstr.20, D-53177 Bonn, Tel+49.228.33.47.25 (priv.);
@mail: m.kulesa@t-online.de

StellvertreterIn: Gerd Trogemann

UNV, Martin-Luther-King-Str. 8, D-53175 Bonn, Tel.+49.228.815.22.02,
Fax +49.228.815.29.30, @mail: gerd.trogemann@unv.org

Brigitte Kreuzpointner

UNFCCC, Martin-Luther-King-Str. 8, D-53175 Bonn,
Tel. +49.228.815.1335, @mail: BKreuzpointner@unfccc.de

Genf

Dr. Hans-F. von Rohland

ILO (R. 1-105), 4, rte.des Morillons, CH-1211 Genf 22
Tel. +41.22.799.79.16; Fax +41.22.798.85.77 @mail: Rohland@ilo.org

StellvertreterIn: Ruth Hahn-Weinert

UNOG, Palais des Nations, CH-1211 Genf 10
Tel. +41.22.917.36.10, @mail: rhahn-weinert@unog.ch

Andreas Maurer

WTO, 154, rue de Lausanne, CH-1211 Genf 21, Tel. +41.22.739.55.07;
Fax +41.22.739.57.63, @mail: andreas.maurer@wto.org

Nairobi

Guenter Karl

UNCHS (Habitat), P.O. Box 30030, Nairobi, Kenya
Tel. +254.262.12.34; Fax +254.262.3080; @mail: Guenter.Karl@unchs.org.

Stellvertreter: Dr. Christian Holger Strohmann

UNEP, P.O.Box 30552, Nairobi, Kenya, Tel. +254/2/62.31.45,
Fax +254/2/62.39.17; @mail: Christian.Strohmann@unep.org

New York

Thomas Kamps

UN, R. S-2455C, New York, N.Y. 10017, USA
Tel. +1.212.963.5008, Fax +1.212.963.3680, @-mail: kamps@un.org

StellvertreterIn: Angela Kane

UN/DPA, R.3755-A, New York, N.Y. 10017, USA
Tel. +1212.963.2410; Fax +1212.963.1440; @mail: kanea@un.org

Gregor Boventer

UN, R. S-3755-H, New York, N.Y. 10017, USA
Tel. +1.212.963.6823; Fax +1.212.963.6823; @mail: boventer@un.org

Paris**Ingo Schröter**

UNESCO, Manual Unit, B. 5.076, 1, pl. de Fontenoy,
F-75732 Paris-Cédex 07-SP
Tel. +331.45.68.2114; Fax +331.45.67.1690, @mail: I.Schroter@unesco.org

StellvertreterIn: Christian Manhart

UNESCO, 7, Place de Fontenoy, F-75700 Paris
Tel. +331.45.68.1331; Fax +331.45.68.55.96, @mail: C.Manhart@unesco.org

Sigrid Niedermayer

UNESCO, 7, Place de Fontenoy, F-75700 Paris, Tel. +33/1/45.68.1114;
Fax +33/1/45.68.5622, @mail: S.Niedermayer@unesco.org

Rom**Bernd Bültemeier**

FAO/PBE, R. B4L3, Via delle Terme di Caracalla, I-00100 Rom
Tel. +3906.570.53008; Fax +3906.570.54.599,
@mail: Bernd.Bultemeier@fao.org

Stellvertreter: Matthias Halwart

FAO-FIRI, Via delle Terme di Caracalla, I-00100 Rom
Tel. +3906.570.55080; @mail: Matthias.Halwart@fao.org

Dierk Stegen

WFP, Via Cesare Giulio Viola, 68, Parco Dei Medici, I-00148 Rom
Tel. +3906.6513.2294; Fax: +3906.6513.2844
@mail: Dierk.Stegen@wfp.org

Washington**Dr. Martin Kimmig**

IFC, The World Bank (R.9K-286), 1818 H Street, N.W., Washington DC 20433
Tel. +1.202.477.8320; Fax +1.202.477.3150, @mail: mkimmig@ifc.org

StellvertreterIn: Dr. Bernhard H. Liese

The World Bank, 1818 H Street N.W., Washington D.C. 20433
Tel. +1.202.458.4491; Fax +1.202.522.1616, @mail: bliese@worldbank.org

Gertrud Windsperger

IMF, R. 12-618, 700, 19th St., N.W., Washington DC 20431,
Tel. +1.202.623.4983, Fax +1202.62.36220, @mail: gwindsperger@imf.org

Wien**Karin Rudolph**

IAEA, Legal Div., Vienna International Centre, P.O. Box 200, A-1400 Wien,
Tel. +43/1/2600.21505; Fax +43/1/2600.29784, @mail: k.rudolph@iaea.org

StellvertreterIn: Dr. Franz N. Flakus

Westgasse 51, A-2201 Gerasdorf, Tel. +43.224.64.124, Fax +43.2246.4124,
@mail: f.flakus@iaea.org

Ingrid Moesch-Kahiluoto

IAEA, VIC, P.O.Box 200, A-1400 Wien
Tel. +431.2600.21273, Fax +43.2246.4124,
@mail:I.Moesch-Kahiluoto@iaea.org

Montreal**Wolfgang Sander-Fischer**

ICAO, 999 University St., Montreal, Qc. CANADA H3C 5H7
Tel. +1 514 954 8219 Fax +1 514 954 6287 @mail: wsanderfischer@icao.int

Versicherungen für Mitglieder des VDBIO

...wir beraten Sie gerne ausführlich:

- private Krankenversicherungen
- private Pflegeversicherungen
- Altersversorgung (Leben/Rente/Kapital)
 - Unfallversicherungen

DKV Service-Center K.-H. Pallasch

Palmstraße 14 · 79539 Lörrach

Tel. 0 76 21/1 50 10

Fax 0 76 21/15 01 11

www.dkv.com/orga/pallasch

dkv-pallasch@t-online.de



Deutsche Krankenversicherung AG

Die Nr. 1 unter den Privaten

Ein Unternehmen der **ERGO** Versicherungsgruppe